

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich Ks 16.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (rüh).

4. Jahrgang.

Samstag, 26. Jänner 1924.

Nr. 23.

Der „Sozialverräter“ Lenin.

Die anscheinend schwerste Beschuldigung, mit der die Kommunisten über Weisung Lenins gegen die Sozialdemokraten zu Felde zogen, und die sie auch heute noch gedankenlos wiederholen, ist jene des „Sozialverräteres“. Weil die Sozialdemokraten die Lehren von Karl Marx so verstehen, daß sie als Voraussetzung der Überführung der heutigen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische und kommunistische eine gewisse Reife des Kapitalismus für notwendig halten, trug ihnen den von Lenin persönlich geprägten Vorwurf ein, sie seien „Agenten der Bourgeoisie“, welche die kapitalistische Wirtschaftsordnung gegen die angeblich einzig wirklichen Revolutionäre, die Bolschewiki, schützen. Drei Jahre hindurch hören wir nun bei uns die Kommunisten versichern, daß nur sie die wahren Marxisten sind und daß nur sie seine Theorien richtig auslegen und befolgen. Dennoch haben die Kommunisten den Marxismus stets nur insoweit gelten lassen, als sie einzelne aus den Marx'schen Schriften aus dem Zusammenhang gerissene Sätze zur Stützung ihrer Theorie und zur Legitimierung ihrer Machtpolitik benötigten. Karl Kautsky hat in seiner Schrift „Kommunismus und Terrorismus“ darüber schon von Jahren gesagt: „Ihr Marxismus ist Blendwerk, entweder bewusste Täuschung oder Selbsttäuschung“. Tatsächlich war die bolschewistische Doktrin eine Vergeßlichkeit der marx'schen Doktrin, denn sie mißachtete vor allem den großen Gedanken Marx, daß der Lauf der ökonomischen Entwicklung, das Werden der sozialistischen Ordnung nicht vom bloßen Willen der Menschen bedingt sei, sondern daß die soziale Revolution an materielle Vorbedingungen gebunden sei, welche ein Hineinspringen in den Sozialismus mit geraden Füßen, über alle notwendigen Entwicklungsphasen des Kapitalismus hinweg, nicht zulassen.

Es ist sicher ein Beweis für Lenins Größe, daß er, der eines der größten Wagnisse der Geschichte unternahm: in einem kapitalistisch rückständigen Niesenreich den Kommunismus einzuführen, in seinen letzten Lebensjahren seinen Irrtum erkannte und unter Aufwand und Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit, den russischen Bolschewismus bei der Ausübung der Staatsmacht in jene Bahnen zurückzulenken bestrebt war, welche von ihm selber früher als die des „Sozialverräteres“ gekennzeichnet worden waren. Die „sozialverräterischen“ Erkenntnisse, zu denen sich Lenin an seinem Lebensabend, gezwungen durch die harten wirtschaftlichen Tatsachen, durchdrang, schöpste er freilich erst, als das bolschewistische Experiment über Rußlands Volksmassen Jahre namenlosen Leidens gebracht und das Land in jeder Beziehung gegen den wirtschaftlichen Stand des Zarenreiches zurückgeworfen und die schließlich die Arbeiterbewegung in der ganzen Welt gespalten hatte. Ingegensicht dieser unhaltbaren Schäden drängt sich der Gedanke auf, um wieviel besser es um Rußland, um den Sozialismus und um die Arbeiterbewegung stände, wenn Lenin die Marx'schen Grundsätze schon früher richtig erkannt hätte.

Es scheint, daß Lenin wohl schon früher starke Zweifel hegte, in Rußland über Nacht den Sozialismus verwirklichen zu können, denn in seinem Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter — die Schweiz war bis dahin Lenins Asyl gewesen — hatte er 1917 geschrieben: „Rußland ist ein Agrarland, eines der rückständigsten aller europäischen Länder. Unmittelbar kann jetzt der Sozialismus nicht siegen.“ Später hat Lenin die Leichtfertigkeit geäußert, mit der die Kommunisten „den Fehler begingen, einen unumittelbaren Uebergang zur kommunistischen Produktion und zum kommunistischen Verbrauch bewerkstelligen zu wollen“. Doch nach dem Sturz der bürgerlich-sozialistischen Kerenski-Regierung, da schien im Nachhinein der Bolschewiken ihrem revolutionären Willen nichts unmöglich. Es ist wohl nur eine Mythe, wenn

Der Allianzvertrag mit Frankreich unterzeichnet.

Sonntag Veröffentlichung in Prag und Paris.

Paris, 25. Jänner. (Havas.) Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš unterzeichnete heute morgens den tschechoslowakisch-französischen Vertrag. Der Text des Vertrages wird in Paris und Prag gleichzeitig am Sonntag früh veröffentlicht werden.

Eine Stichprobe aus dem Vertrag.

Paris, 25. Jänner. (Havas.) Zu der Unterzeichnung des tschechoslowakisch-französischen Vertrages wird folgendes mitgeteilt: Der Vertrag ist in freundschaftlichem Geiste verfaßt. Beide Länder sind, was die gegenseitigen internationalen Garantien betrifft, die den internationalen Verpflichtungen Achtung verschaffen, von den Prinzipien des Völkerbundes durchdrungen. Der Vertrag ist der Ausdruck des Willens, den Frieden in Europa sowie seinen gegenwärtigen rechtlichen und politischen Status, wie er durch die Friedensverträge bestimmt wurde, zu erhalten. Beide Mächte erklären, daß sie zu einem Einvernehmen über die auswärtigen Fragen bereit sind, durch die ihre Sicherheit bedroht werden könnte, und daß sie sich auch

über das Vorgehen für den Fall der Gefahr einigen werden.

Sie betonen, daß sie die im § 88 des Vertrages von Saint Germain (der der österreichischen Republik den Anschluß an Deutschland verbietet) D. Red.) enthaltenen politischen Prinzipien treu wahren und daß sie gemeinsam gegen Restaurationsversuche der Hohenzollern und Habsburger vorgehen werden.

Der Inhalt des Vertrages wird laut Art. 18 des entsprechenden Paktes dem Völkerbunde mitgeteilt werden.

Beneš läßt den Österreichern sagen . . .

Wien, 25. Jänner. Heute sprach der tschechoslowakische Gesandte Dr. Krofta im Auftrage des Ministers Dr. Beneš beim Außenminister Dr. Grünberger vor, um ihm über den Inhalt des tschechoslowakisch-französischen Vertrages Bericht zu erstatten. Nachmittags reiste Gesandter Dr. Krofta in amtlichen Angelegenheiten nach Prag und kehrt Montag nach Wien zurück.

Die Demokratische Diplomatie der Arbeiterregierung in der Praxis.

London, 25. Jänner. Laut „Westminster Gazette“ hat das Arbeiterkabinett bereits beschlossen, die Sowjetregierung anzuerkennen, den Plan eines Docks in Singapur (Es handelt sich hier um den Bau eines Docks für englische Kriegsschiffe, der von Japan als Herausforderung angesehen wurde und gegen England verstimmt. Die Kolonial-) aufzugeben und auf Ausdehnung des Völkerbundes hinzuwirken. Die Regierung werde auch auf den Beitritt Rußlands und Deutschlands zum Völkerbunde drängen, aber zuvor eine internationale Konferenz zur Abänderung des Versailles-Vertrages und zur Herabsetzung der Reparationsforderungen vorschlagen. Der Berichterstatter betont jedoch, dies seien Fragen, die Zeit erfordern, bis sie in Erwägung der heißen internationalen Lage an die Reihe kämen.

O'Grady wird Botschafter in Moskau.

London, 25. Jänner. (Reuter.) Der Sekretär der Arbeiterpartei in der Stadt Leeds wurde heute davon in Kenntnis gesetzt, daß der

Arbeiter-Abgeordnete für Leeds-Zuidost, Jones O'Grady das Anerbieten des Ministerpräsidenten Macdonald angenommen hat, als erster britischer Botschafter nach dem nachrevolutionären Rußland zu gehen. O'Grady ist der Erste Sekretär der Englischen Generalkommission der Gewerkschaften.

London, 25. Jänner. Macdonald hat gestern die russische Frage mit den zuständigen Beamten im Außenamt erörtert. O'Grady und Koltowski hatten an dieser Besprechung teilgenommen. Nach den vorliegenden Berichten aus Moskau wünsche die russische Regierung ein Einvernehmen mit Großbritannien und sei bereit, angemessene Garantien zu geben. Macdonald seinerseits sei entschlossen, Rußland keine schikanösen Bedingungen aufzuerlegen.

Zwei Gewerkschaftsführer zu Ministern ernannt.

London, 25. Jänner. (A. R.) Heute wurde die Ernennung zweier weiterer Minister ver-

behauptet wird, daß der Bolschewismus nach Lenins Ansicht damals zu weit ging, als er es nach Aufrichtung der Sowjetherrschaft unternahm, das Gebäude des Kapitalismus bis zum Grunde niederzureißen und mit dem Produktionssystem, mit der ganzen Wirtschaftsweise des Kapitalismus auch dessen gesellschaftlichen Apparat zu vernichten. Wie aus Lenins Vorgehen gegen die Menschewisten ersichtlich ist, — welche mit Rücksicht auf den Stand der russischen Wirtschaft in weiser Beschränkung ein Programm aufgestellt hatten, das auf die Niederrückung der letzten Reste des Zarismus, auf die Errichtung eines demokratisch-sozialistischen Staatswesens und auf soziale Reformen abzielte — ging er damals schon auf ganze Los. Er erkannte wohl, daß Rußland um 100 Jahre in der Entwicklung zurück war, aber es schien ihm doch jedes Warten als überflüssig und sein Wille wollte die Dinge gleich bis zum letzten Ziel treiben. In kühnem Schwung glaubte er ein Stück Entwicklungsgeichte überbrücken zu können.

Die erste Zeit der Sowjetherrschaft hat vielversprechend an und es schien, als wäre das

Experiment gelungen. Nach der jahrhundertelangen Knechtung durch den Zarismus schien dem russischen Volke, das Zeitalter der Freiheit wäre angebrochen, alles unterordnete sich dem neuen Regime begeistert und freudig, die Macht der Sowjets schien unbegrenzt. Doch bald türnten sich dem Aufbau des neuen Reiches steigende Hemmnisse, die zu überwinden die Bolschewiken zur ärgsten Gewalt greifen mußten. Die Sowjets, das sind die gewählten Vertreter des Volkes, wurden mit Militärgewalt auseinandergetrieben, alle politischen Gegner der Bolschewiken, darunter die Sozialrevolutionäre und die Sozialdemokraten, wurden grauam und blutig verfolgt und in der „Tscheka“ schufen sich die bolschewistischen Diktatoren ein Instrument zur Ausübung einer Schreckensherrschaft, wie sie nur mit der Herrschaft der zaristischen „Ochrana“ verglichen werden konnte. Schon darin kam zum Ausdruck, daß die Moskauer Herrscher gegenüber ihrem Interesse an der Behauptung der politischen Macht alle Rücksichten gegen das Proletariat zurückdrängten.

Das Wunder, durch eine bolschewistische Minderheit ein Niesenreich wie Rußland zu

öffentlich, und zwar des Harry Gosling, Verkehrsminister und Frank Hodges, Jwillord der Admiralität. (Gosling ist der Sohn eines Fährmannes an der Themse und war lange Zeit hindurch Sekretär der Vereinigung der Fährleute. Später wurde er Erster Vorsitzender der Gewerkschaft der Transportarbeiter. Er ist Mitglied des Londoner Hafenamtes und war während des Krieges im Hafen- und Verkehrsausschuß tätig. Hodges war seit 1900 Generalsekretär der Bergarbeiterföderation. In seiner Jugend arbeitete er in Gruben, verließ dann die Arbeit und widmete einige Jahre dem Studium der Volkswirtschaft und Sprachen, worauf er Beamter in der Bergarbeiterunion wurde.)

Viscount Haldane legte heute die Eid als Lordkanzler im Gebäude des Appellationsgerichtshofes ab, worauf der neue Generalstaatsanwalt und der Staatsanwalt in Eid genommen wurden.

Genosse Macdonald empfängt die Vertreter der Großmächte

London, 25. Jänner. (A. R.) Ramsay Macdonald empfing heute nachmittags im Außenministerium nacheinander die diplomatischen Vertreter folgender Staaten: Spanien, Belgien, Brasilien, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien und der Vereinigten Staaten. Die diplomatischen Vertreter der anderen Staaten werden Montag in Audienz empfangen werden.

Der Eisenbahnerstreik.

Wirkungen des Anstandes.

London, 24. Jänner. Reuter meldet: Infolge des Eisenbahnaustrandes sind jetzt 100.000 Bergleute und 8000 Stahlwerksarbeiter in Südwales beschäftigungslos.

Auf Wunsch des Ministerpräsidenten wurde der neue Arbeitsminister Shaw mit der Ausarbeitung eines Berichtes zur Information des Kabinettes betraut. Der außerordentliche Ausschuß der Gewerkschaftskommissionen tagte ständig, damit im Bedarfsfälle seine Dienste in Anspruch genommen werden können. Im Eisenbahnverkehr ist gestern, insbesondere auf dem Lande, eine allgemeine Besserung eingetreten, es konnten neben Lebensmitteln auch ziemliche Mengen anderer Waren verfrachtet werden.

Die Streiklage unverändert.

London, 25. Jänner. (A. R.) Die Lage im Eisenbahnerstreik ist auf einem toten Punkt angelangt. Weder die Eisenbahndirektionen noch die Union der Maschinisten haben, wie es scheint, weitere Schritte zu Verhandlungen unternommen. Der Arbeitsminister ist aber ebenso wie die Führer der Trade Union nach Möglichkeit bemüht, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Der Minister für Arbeiten Thomas Shaw und Miss Bondfield, die Untersekretärin dieses Ministeriums, haben heute dem Ministerpräsidenten über die Streiklage Bericht erstattet und es verlautet, daß sie sowohl mit den Eisenbahndirektionen als auch mit den Angestellten Fühlung genommen haben. Ebenso ist der vom Generalkat des Kongresses gebildete Sonderausschuß der Trade Union um eine Wiedernäherung der beiden Parteien bemüht.

einem kommunistischen Musterstaate zu machen, konnte eben auch der ungeheuren Willenskraft Lenins nicht gelingen und selbst um nur politisch die Macht im Staate zu behalten, mußte das bolschewistische Regime zu Terror und zu der von einigen Wenigen ausgeübten Diktatur unter Beseitigung aller Volksrechte greifen. War dieses System nicht marxistisch und nur ein Schimpf für den Marxismus, so kann um so weniger die Methode als Marxismus bezeichnet werden, durch welche die Bolschewiken die Sympathien der russischen Bauern gewannen. Es war keine marxistische, sondern nur eine opportunistisch-politische Maßregel, als die Bolschewiken alles den Großgrundbesitzern abgenommene Land unter die Bauern verteilten und so die Existenz dieser ungezählten Landeigentümer mit der Existenz des Sowietregimes verknüpften. Das war die Methode: Gift, was helfen kann! Doch keine Methode im Dienste der ökonomischen Befreiung des Proletariats, sondern in jenem der Machtbestrebungen einer Partei, wenn nicht gar bloß einiger Personen.

Ein zweiter Artikel folgt.

Am Ende des Lateins.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat im Oktober 1923 wieder einmal Niederlage erlitten. Die niederschmetternden Thesen, mit denen die „Mehrheit“ der K. P. D. diese Niederlage begründete, haben wir bereits ausgiebig wieder gegeben. Neben dieser „Mehrheit“, die sich „Zentrum“ nennt, gibt es aber in der K. P. D. noch eine „Linke“ und „Rechte“. Sowohl die Linke als auch die Rechte meldeten sich ihrerseits mit „Thesen zur Oktoberniederlage“ zum Wort, die Rechte (Gruppe Thalheimer und Brandler) bereits am 1. Dezember 1923. Mit dem Abdruck dieser Thesen hat sich der Reichsberger „Vorwärts“ volle sieben Wochen Zeit gelassen, in der verständlichen Ansicht, daß man derart unangenehme Bekanntheit nicht spät genug veröffentlichen kann. Denn waren schon die „Thesen“ des Zentrums ein geradezu furchtbares Fehlerregister über die „falsche Einstellung“ und „falsche Einschätzung“ der K. P. D., die „dem Kampfe im entscheidenden Augenblick ausgewichen“ ist, „in die Massen Verwirrung getragen“ und die „Sympathien zur kommunistischen Bewegung vermindert“ hat, so sind die Konsequenzen, die aus der niederlagegekrönten Putschaktion der K. P. D. als Sprecher des rechten Flügel der bekannte Herr Thalheimer zieht, ein schlagender Beweis dafür, daß sich die Kommunisten am Ende ihres Lateins befinden!

Herr Thalheimer verfaßt förmlich in seinem vom „Vorwärts“ reproduzierten Artikel die Fehler der K. P. D. und die „zentralen Fehler der Thesen der Zentralmehrheit“, die er in den Satz zusammenfaßt:

„Am es ganz klar zu sagen, die Partei hat uns Dummheit... die Revolution verraten.“

Diese Behauptung wird, wie Thalheimer erzählt von den „Linken“ offen ausgesprochen, wozu das Zentrum, das auch auf den schönen Namen „Halblinke“ hört, nicht den Mut hat. Die Linke wirft also den „Halblinken“ (der Mehrheit) und selbstverständlich auch der „Rechten“ vor, die Revolution verraten zu haben. Nach konsequent bolschewistischer Auffassung zählt demnach zu den Revolutionsverrätern nicht den Sozialdemokraten auch die überwiegende Mehrheit der kommunistischen Partei. Die große Mehrheit der Kommunisten ist theoretisch bereits vom Irrsinn der Putschaktion überzeugt. Nur die „Linken“ sind noch wackelnde Bolschewisten, deren Auffassung Thalheimer folgendermaßen verhöhnt:

„Es ist die wohlbekannte Offenstomethode, die zum Sieg nur zwei Elemente braucht: den revolutionären Willen der revolutionären Partei und die blaue Luft.“

Die „Halblinken“, die Mehrheit, erzählen von ihren Thesen, daß sie aus der letzten Niederlage schon gelernt haben, sie werden aber zweifellos nächstens den Putsch wieder mitmachen, während die „Rechte“ dieses Spiel satt hat. Thalheimer ist gegen das

... „Linke und Perichwanen“ gegen den „Putschismus“, er hält die blaue Luft-Methode für „reine Kindererei.“

Die Thesen der Mehrheit, sagt Thalheimer, „hätten sich“, „die Folgerungen zu ziehen, für die praktischen Aufgaben der Partei“. Und wiederum verhöhnt er, diesmal die „Halblinke“, mit ihrer

... revolutionären Perspektive, die da kurz und bündig bedeutet: „Morgen geht's wieder los.“

Davon ist aber Herr Thalheimer nicht überzeugt, er ist unter die Zweifel gegangen, denen mit „freisch, frechlich, freien“ Prophezeiungen der

Weltrevolution nicht mehr gedient ist. Er faßt seine Meinung (die der „Rechten“) wie folgt zusammen.

Es ist kein Zeichen von Stärke, sondern von einer Schwäche des revolutionären Selbstvertrauens, wenn man sich kurzfristige revolutionäre Perspektiven aus den Fingern lassen muß, um arbeiten zu können. In einer Situation, wo die Daten durchaus noch nicht erlauben, sich mit einiger Sicherheit über das Tempo der nächsten revolutionären Entwicklung auszusprechen, wo die gegebene Lage das Juristendrängeln der Arbeiterschaft in die Debatte ist, in einer solchen Lage erfordert die richtige Einstellung der Partei, sich sowohl auf ein schnelleres wie auf ein langsames Tempo einzustellen, praktisch die Dinge da anzugreifen, wo sie anzugreifen sind, d. h. bei der Organisation der Abwehr der Arbeiterklasse und die weiteren Zwecke zu bestimmen nach der jeweiligen Veränderung der konkreten Lage, der objektiven Verhältnisse, wie der in der Arbeiterschaft wirkende subjektive Faktor. Das ist unseres Erachtens neben der allgemeinen revolutionären Perspektive die einzig mögliche Grundlage für eine revolutionäre Politik, die nicht mit der Stange im Nebel herumfährt.“

Mit diesem „Programm“ stellt Thalheimer die kommunistische Politik feinfach auf den Kopf. Statt der Putschaktion fordert er praktische Arbeit, statt Einstellung auf Putschlagen am morgigen Tag, kehrt er gewissermaßen zu allen zweckdienlichen Mitteln zurück, „nach der jeweiligen Veränderung der konkreten Lage“, auf die wahre Bolschewisten pfeifen.

Herr Thalheimer hat eine gute Nase. Er spürt, daß die konsequente Befolgung der kommunistischen Methoden und die damit unauflöslich verbundenen Niederlagen die Arbeiter zur Sozialdemokratie und zu deren Taktik zurückführen müssen, die sich nicht „kurzfristige revolutionäre Perspektiven aus den Fingern laßt“. „Praktisch die Dinge anzugreifen“ versteht, ihre Mittel „nach der jeweiligen Veränderung der konkreten Lage ändern“ und „nicht mit der Stange im Nebel herumfährt“. Herr Thalheimer hat den richtigen Wind und eben darum ist er, der „Rechte“, der am meisten von der Richtigkeit der Sozialdemokratie Grundzüge und ihrer Taktik überzeugt ist, ihr — wütendster Gegner. Er wittert die „Gefahr“, daß die von den Kommunisten zur Antiputschaktion Befehlten den Weg zu uns zurückfinden werden und darum predigt er, gerade er, der von den hundertprozentigen Bolschewisten als Revolutionsverräter hingestellt werden muß, in seinen „Thesen“ folgendes:

„Auf die politische und organisatorische Liquidation der K. P. D. sind alle Kräfte zu konzentrieren.“

Die kommunistische „Linke“ macht also morgen und übermorgen wieder „Weltrevolution“, die „Rechte“ dagegen sieht ihr Hauptziel in der „Zertrümmerung“ der Sozialdemokratie. Da aber die Putsche stets mit Niederlagen enden, werden sich nach und nach alle Kommunisten, so wie Herr Thalheimer, von der Verfehlung ihrer Taktik überzeugen und die Folge ist — Rückkehr zu den Kampfmethoden der Sozialdemokratie.

Ein Relus Poincarés.

Rumänien weiß die französische Anleihe zurück.

Paris, 25. Jänner. (Havas.) Rumänien hat beschlossen, die französische Anleihe im Betrage von hundert Millionen Franken nicht zu übernehmen.

Das wirkliche Bild der Welt.

Von R. Francé.

Was ist ein Gas? Wer würde nicht lächeln darüber, daß ihm eine so einfache Frage zugemutet wird. Ich bitte also die Frage zu beantworten. Sollte man stutzen, so bitte ich zu bedenken, daß Gase keineswegs stets unsichtbar sind. Denn das Chlorgas ist grün. Auch unmerkbar sind sie nicht, denn in Kohlenäure bekommt man Erstickungsanfalle, und vom Leuchtgas riecht man schon die allergeringste Menge. Und wer erinnert sich nicht an die furchtbaren Giftgase des Krieges? Stofflos ist es auch nicht, wird der Krüge, den ein Windstoß zu Boden geschleudert hat. Also, was ist ein Gas?

Jedenfalls ist es ein Körperzustand. Und zwar, um es nun gleich in einem Satz zu sagen, einer, bei dem die Stoffteilchen auf das heftigste auseinanderstreben. Eigentlich unbegrenzt und ziellos. Daß die Luft, das wichtigste aller Gase, noch nicht im Weltraum verrückt ist, hängt nur mit der trotz aller Wissenschaft noch immer unerklärlichen Anziehungskraft zusammen, welche alle Dinge, also auch die Erde, ausüben.

Aber es gäbe auch eine andere Antwort auf unsere Frage. Man könnte den nicht widerlegen, der da sagt, gasförmig sind alle stofflichen Dinge der Welt, denn ihr Gaszustand ist nur eine Wärmeform. Bei der größten denkbaren Kälte würde zwar jeder „gasförmige Zustand“ verschwinden, aber andererseits hat doch die Himmelsforschung uns unermesslich große Sonnen kennen gelehrt, die überhaupt nichts anderes als vor Hitze leuchtende ungeheure Gasbälle sind. Daß man weite und allerweiteste Himmelsräume mit dunkeln und kalten Nebeln, d. h. gasförmigen Massen, angefüllt sehen kann, ist in diesem Zusammenhang als Beweis gebietet worden, daß im Weltraum nicht jene fürchterliche Kälte herrschen kann, von der man früher immer sprach. Versuche im kleinen zeigten, daß kalte Gase imstande sind, abgestrahlte Wärme zu speichern und dadurch immer wärmer, unter Umständen glühend zu werden und zu leuchten. Wer jemals schon eine Geißler'sche Röhre gesehen hat, der weiß, in welcher wunderbaren Farben und mit welcher Kraft Gase zu leuchten vermögen. Aus solchen Erwägungen heraus, verbunden mit der Erfahrung, daß gewisse Gase wohl Wärme aufnehmen, aber dadurch kälter werden, hat man sich neuerdings der Meinung hingegeben, damit die Lücken des großen Ringes gefunden zu haben, in dem sich die Welt dreht.

Bekanntlich ängstigt die Wissenschaft sich und die Menschheit mit einem „Wärmethob“ der Welt, der darin bestehen soll, daß jede Art von Energie zwar ohne Verlust in Wärme übergeht, nicht aber umgekehrt, so daß immer nicht mehr verwandelbare Wärme übrig bliebe, die also gleich dem Feuertreibstoff der deutschen Sage auf diese Weise allmählich die Welt verschlingt und buchstäblich in eine energiearme Masse verwandelt. Dem widersprechen aber die soeben vorgeschriebenen Erscheinungen. Es scheint Mittel und Wege zu geben, um diese unfruchtbar gewordene Wärme wieder in den großen Kreis, aus dem sie ausgetreten ist, einzulangen, und der Ort, wo dies geschieht, sind die dunkeln und kalten Himmelsräume, von denen man gerade allerneuestens erstaunlich viele entdeckt hat.

Gase sind somit gewissermaßen die Mutter des Lichts. In einem ganz großen Sinn kann man zur Erde und allem, was sich auf ihr regt, sagen: Aus Gas bist du, zu Gas wirst du wieder werden.

Die ganze Physik hat kein zweites Gebiet wie das der „kinetischen Gastheorie“, worunter man die Bewegungslehre dieser Stoffteilchen versteht, auf dem alle Berechnungen und auf sie gestützten Behauptungen so vollkommen mit den Beobachtungen übereinstimmen.

Sie hat errechnet, daß die Teilchen des Wasserstoffs schon bei Null Grad mit der Geschwindigkeit von 1844 Metern in der Sekunde auseinanderfliegen, also so schnell wie Flintenkugeln. Und das steigt sich entsprechend bei wachsender Wärme. Die Gasteilchen beschließen also die Wand ihres Behälters wie ein Regiment mit einem wahren Trommelsturm. Das benutzt man bei den Gaskraftmaschinen, und das mag auch dem Wort Luftdruck seinen Sinn geben. Auch was eine Explosion ist, wird man jetzt verstehen. Die plötzliche Erhöhung, durch die feste Körper oder Flüssigkeiten zu Gasen umgebildet werden, treibt deren Teilchen mit einer Wucht auseinander, der nichts standhalten vermag.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß unser Sonnensystem ein ungeheurer Gasball ist, erfüllt mit dem Gas Coronium, in das die Sonne mit ihrer Geschwindigkeit bis zum Neptun eingebettet ist. Daß andere Sonnen überhaupt nur aus Gasen bestehen, wie auch unsere Sonne nur ein Gasball ist, wird nicht bezweifelt. Wenn man versucht, sich das gesamte Sonnensystem als einen durchsichtigen Gasball von einem Meter Durchmesser zu veranschaulichen, dann ist dieser ganze große Ball leer. Denn die Masse der Sonne würde in ihm nur ein Staubförmchen von etwas über einem Zehntel Millimeter Durchmesser sein, und alle Planeten würden nur den fünf bis hundertsten Teil so groß, also unsichtbar sein.

Dazu kommen nun noch die Tausende von dunkeln und glühenden Himmelsnebeln und die unermesslichen, nach Lichtjahren zählenden Zwi-

Telegramme.

Lenins Tod.

Die Trauerkundgebungen in Rußland.

Moskau, 25. Jänner. (Rosta.) Seit der Ueberführung der sterblichen Ueberreste Lenins in das Gewerkschaftshaus stehen vor dem Hause Tag und Nacht riesige Scharen, die hier aus allen Republiken des Sowjetverbandes eingetroffen sind. In der Mehrzahl sind es Arbeiter und Bauern. Die Ehrenwache am Sarge besorgten Schüler Lenins und die Aeltesten der kommunistischen Partei. Sie wechseln sich alle zehn Minuten ab. Die Zahl der Telegramme, welche die Organisationen der Sowjets und der Kommunisten erhalten, wächst in die Tausende. In der Stadt wehen zahlreiche auf Halbmast gehißte Fahnen, desgleichen auf den Gebäuden der verschiedenen ausländischen Missionen. Es treffen auch Tausende von Resolutionen verschiedener kommunistischer Organisationen ein, welche die Lösung aller Streitigkeiten in der kommunistischen Partei befehlen.

Trotsky, welcher von dem Tode Lenins in Tiflis erfuhr, schrieb einen Artikel, in welchem er von der Bedeutung Lenins für das internationale Proletariat spricht. „Die Arbeiterpartei und die Arbeiterklasse sind verwaist“, führt er aus, „Lenin ist nicht mehr, aber der Leninismus existiert. Die Lehre Lenins ist unsterblich, seine Arbeit und seine Methode lebt nun innerhalb der Partei, welche er geschaffen hat, sie lebt weiter in dem ersten Arbeiterstaate, welchen er geleitet hat. Das Werk Lenins ist noch nicht beendet und es ist noch ein weiter Weg zur Verwirklichung seines Vermächtnisses.“

Das Begräbniß erst Sonntag.

Lenin wird auf dem „Roten Platz“ zwischen der Tribüne und dem symbolischen Arbeiterstandbild begraben werden. Es wird ein interimsistisches Mausoleum in Form einer abgestuften Pyramide errichtet werden. Sobald das Grab ausgegraben sein wird, wird in demselben der mit einem Glasdeckel versehene Sarg auf ein Postament gestellt und rund herum eine breite Galerie errichtet werden, auf der die Tausenden desifizieren werden, welche kommen werden, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Die Bestattung wurde auf Sonntag verschoben um der großen Zahl von Delegationen aus der Provinz und dem Auslande, welche sich bereits auf dem Wege nach Moskau befinden, die Beteiligung zu ermöglichen.

Heute um 15 Uhr wird der deutsche Botschafter Brockdorff-Rantzau im Namen des diplomatischen Korps einen Kranz am Sarge Lenins niederlegen.

Petersburg-Petrograd: Leningrad.

Der Petersburger Sowjet hat zufolge eines an ihn aus Moskau gerichteten telegraphischen Vorschlages Einwohnern beschlossen, die Stadt Petersburg in „Leningrad“ umzubenennen.

Die Rotenarmee Arbeitslojer in Deutschland.

Fünf bis sechs Millionen Menschen in größter Not.

Berlin, 25. Jänner. (Wolff.) Im preussischen Landtage schätzte der sozialistische Abgeordnete Udemann die Zahl jener Erwerbslosen, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, auf drei bis vier Millionen, die Zahl der Erwerbslosen, einschließlich der Nichtunterstützten, auf fünf bis sechs Millionen. Beim Vergleich der Kaufkraft der Löhne deutscher

Arbeiter mit den Löhnen ausländischer Arbeiter ergibt sich, der Erklärung Udemanns zufolge, daß sich ein Arbeiter der Zementindustrie, der für einen Stundenlohn in England 2700 Gramm, in Schweden 2600 Gramm, in den Vereinigten Staaten 2800 Gramm und in Deutschland nur 760 Gramm Brot kaufen könnte.

Der Wahlreformplan gelheitert.

Berlin, 25. Jänner. (Eigenbericht.) Vor einigen Tagen wurde bekannt, daß die Reichsregierung sich mit der Absicht trage, eine Reform des Reichstagswahlrechtes durchzuführen. Vor allem sollte die Mandatszahl verringert, ferner an Stelle der großen Wahlkreise kleinere bestimmt werden und schließlich das Wahlverfahren beibehalten und ein „Einmänner“-System geschaffen werden, um eine bessere Verbindung zwischen den Wählern und Abgeordneten herzustellen. Es haben auch in den letzten Tagen Besprechungen zwischen den Vertretern der Regierungsparteien und der Regierung stattgefunden, man ist dort, wie man nun hört, übereingekommen, die geplante Wahlreform zurückzustellen, weil sie mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes nicht zu schaffen gewesen wäre und die ordnungsgemäße Beratung im Reichstage so viel Zeit erforderte, daß die Parteien keine Gelegenheit gefunden hätten, sich auf die im Sommer stattfindenden Reichstagswahlen genügend vorzubereiten.

Auch im Kabinettsausschuß des Reichstages hat man sich mit der Frage der Wahlreform beschäftigt und hier waren es besonders die Deutschnationalen, die sich gegen die geplante Reform wandten, weil sie bereits in vielen Wahlkreisen ihre Kandidaten aufgestellt haben. Nun behaupten jedoch die rechtsliegenden Blätter, daß die Vertreter der Sozialdemokraten nichts von einer Wahlreform wissen wollen, weil ihre Partei völlig den Boden verlieren würde, wenn das Stimmensystem beibehalten würde. Der deutschnationale „Tag“ will dagegen eine große Bewegung ins Leben rufen, um durch einen Volksentscheid über die Wahlreform entscheiden zu lassen.

Dazu ist festzustellen, daß sich die Sozialdemokratie mit dieser Angelegenheit überhaupt nicht befaßt hat, und daß sie keine Gelegenheit hatte, weder mit der Regierung, noch mit den anderen Parteien über den Plan zu sprechen. Verdächtig ist allerdings der Eifer, mit dem sich manche reaktionären Kreise für eine Aenderung des Wahlrechtes ins Zeug legen.

Zwei neue Niederlagen Knillings.

München, 24. Jänner. Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages verurteilte die Regierung, bei der zu erlassenden Verordnung über die Sicherung der Wahlfreiheit die Kontrolle des Landtages zu umgehen, wurde aber durch Stimmenmehrheit gezwungen, diese Verordnung, die eine wesentliche Einschränkung der Befugnisse des Generalstaatskommissars bedeutet, dem Landtage vorzulegen. Ferner wurde die Regierung veranlaßt, endlich jene Verordnung des Generalstaatskommissars aufzuheben, durch welche die Kolportage des „Frankfurter Zeitung“, der „Vossischen Zeitung“, des „Berliner Tageblatt“ und des „Vorwärts“ in Bayern untersagt war.

Rahr baut ab, um bleiben zu können.

München, 25. Jänner. Zur Aderlegung der Meldung Wiener Blätter wird durch eine halbamtliche Mitteilung bekanntgegeben, daß Generalstaatssekretär von Rahr keineswegs die Absicht hat, zurückzutreten. Tatsache aber ist, daß er sein Amt in immer weitergehenderer Weise abbaut. Ein Beweis hierfür ist, daß er mit dem heutigen Tage jene Verordnung vom 1. Oktober v. J. über das

schonräume von Sonne zu Sonne. Man versuche sich das ebenfalls vorzustellen, indem man sich das Weltall als einen Würfel denkt, so groß wie der größte Häuserblock in unseren Großstädten. Er soll Glaswände haben und soll leer sein. Und nun erfüllen wir ihn mit entsprechend verkleinerten Modellen der Himmelswelt. Was kommt hinein? Nehmen wir an, unser Würfel sei 240 Meter lang, also so lang wie ein Ozeandampfer. Dann müßte unsere im Mittelpunkt schwebende Sonne ein Pünktchen sein, von dem einen Meter entfernt wieder ein unsichtbares Pünktchen schwebt und so fort. Denn die Sonnen sind in einem 240 Meter langen Weltall so klein, daß man sie nur mikroskopisch darstellen darf. Sogar die Sonnen gigante, die man zehntausendmal größer schätzt als unser Himmelslicht, dürfen noch nicht als Staubförmchen wiedergegeben werden. Und die Mehrzahl der Sonnen bestehen aus Gas! Die Himmelsnebel sind Gas! Der ganze kolossale gläserne Block, so hoch und breit wie die ägyptischen Pyramiden, wäre leer; in meterweisen Entfernungen schweben mikroskopische Pünktchen, die Milchstraße wäre vielleicht ein zarter Dunst darin. Jedermann, der das sieht, würde sagen, dieses Weltall ist ja leer, der feste Stoff, von dem man darin nichts merken kann, ist zweifelsohne ohne jede Bedeutung. Ein bißchen Gas und angeblich ein paar Staubförmchen darin, das ist alles.

Da hätte man dann gewiß einen anschaulichen Weltbegriff. Und auch die nötige Gelehrtheit für den Spasmacher, der nun erzählt: eines dieser unsichtbaren Körnchen sei von ganz winzigen Stoffteilen umgeben, und auf einer dieser befindet sich, überhaupt unausdenkbar klein, ein „Etwas“, das sich Menschheit nennt. Und wegen dieses „Atoms“ sei der ganze Würfel und alles, was darin sei, erbaut...

Das ganze Weltall ist ein ungeheurer Gasball, erfüllt mit dem Gas Coronium, in das die Sonne mit ihrer Geschwindigkeit bis zum Neptun eingebettet ist. Daß andere Sonnen überhaupt nur aus Gasen bestehen, wie auch unsere Sonne nur ein Gasball ist, wird nicht bezweifelt. Wenn man versucht, sich das gesamte Sonnensystem als einen durchsichtigen Gasball von einem Meter Durchmesser zu veranschaulichen, dann ist dieser ganze große Ball leer. Denn die Masse der Sonne würde in ihm nur ein Staubförmchen von etwas über einem Zehntel Millimeter Durchmesser sein, und alle Planeten würden nur den fünf bis hundertsten Teil so groß, also unsichtbar sein.

Dazu kommen nun noch die Tausende von dunkeln und glühenden Himmelsnebeln und die unermesslichen, nach Lichtjahren zählenden Zwi-

Streikverbot, welche den größten Unwillen erregt, für ungültig erklärt. Dieses Verbot gilt von heute ab nur für die sogenannten Lebensmittelbetriebe, die Krankenhäuser, landwirtschaftliche Betriebe während der Erntezeit sowie öffentliche Verkehrs- und Versorgungsbetriebe.

Sanierungsdebatte in der französischen Kammer.

Paris, 25. Jänner. Mit der Eröffnung der Diskussion über die Finanzprojekte legte heute in der Kammer eine wichtige, vielleicht die wichtigste Debatte der gegenwärtigen Legislaturperiode ein. Sie ist um so wichtiger, als sie knapp vor den Wahlen stattfindet. Die Regierung ist entschlossen, ihre ganze Verantwortlichkeit aufzugeben und die Vertrauensfrage zu stellen, so oft es nötig erscheinen soll.

Auf der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf über Sparmaßnahmen, Schaffung neuer Einkunftsquellen usw. Der Generalberichterstatter ist Bokanowski. Er bespricht zunächst die nationalen und ökonomischen Grundlagen, von Währungs- und Marktfragen, weist auf die verschiedenen Arten der Spekulation hin und hebt namentlich das psychologische Moment in der Bewegung des Frankfurter hervor. Darum sei es nötig, aller Welt zu zeigen, daß die Finanzen Frankreichs im Gleichgewicht sind. Er geht auf das Budget der von Deutschland zu erfahrenden Ausgaben über und weist darauf hin, daß alle Staaten, denen es gelungen ist, ihre Währung zu stabilisieren, davon ausgegangen sind, den Haushaltsvoranschlag ins Gleichgewicht zu bringen. Bokanowski erwähnt unter Beifall des Hauses an erster Stelle das frappante Beispiel der Tschechoslowakei, wo das Defizit ursprünglich 56 Prozent betrug. Unsere Freunde, sagte Bokanowski, haben es auf 15 Prozent herabzubringen verstanden. Unmittelbar darauf war die tschechoslowakische Krone stabilisiert.

Es ergreifen nacheinander einige Abgeordnete das Wort, beleuchten die gegenwärtige Krise und empfehlen jeder in seiner Art, wie Abhilfe zu schaffen wäre.

„Läßt die Welt in Ruhe mit Euren Reparationen!“

Im weiteren Verlaufe der Kammer Sitzung kommt es einigemal zu lebhaftem Meinungs- austausch zwischen dem Abgeordneten Laitinger und Poincaré, namentlich als Laitinger erklärte, daß man Frankreich, wenn es mit äußerster Kraft Ersparnisse und neue Hilfsmittel auffindig macht, einmal sagen könnte.

„Ihr habt Euer vernünftiges Gebiet wieder hergestellt, laßt die Welt in Ruhe mit Euren Reparationen.“

Poincaré protestierte energisch gegen die Art und Weise, dem Gegner Waffen in die Hand zu geben. Als schließlich der Redner fragt, warum mit den Sparmaßnahmen nicht bei der Regierung selbst begonnen worden sei, entgegnete Poincaré, man möge nur noch zuwarten, er habe noch nicht gesprochen und das ganze Programm noch nicht entwickelt. Er wolle nicht in die Details eingehen, bevor er nicht die Vollmachten in der Hand habe. (Lebhafte Protestrufe auf der Linken.) Poincaré wird zugerufen, daß ist Diktatur Mussolini. In der Kammer wird es immer unruhiger. Poincaré verlangte, die Kammer möge die allgemeine Debatte morgen vor- und nachmittags fortsetzen, wogegen sich aus der Linken abermals Proteste erheben. Mit 453 gegen 110 Stimmen wird beschlossene, die Beratungen morgen vor- und nachmittags fortzusetzen.

In den Couloirs verläutet, Poincaré werde morgen den Schluß der allgemeinen Debatte verlangen und die Vertrauensfrage stellen sowohl bezüglich des Abschlusses der Debatte als auch bezüglich der Vertagung der von den Kommunisten geforderten Debatte.

Nach den französischen — die italienischen Kommunisten.

Die kommunistische Partei für die Schaffung einer proletarischen Einheitsliste bei den Wahlen.

Rom, 25. Jänner. Die kommunistische Partei hat die beiden anderen sozialistischen Parteien, die Unitarier und die Maximalisten, eingeladen, bei den Wahlen eine gemeinsame Liste unter dem Titel „Unitar-Proletaria“ aufzustellen.

Ausbreitung der Kammerwahlen.

Rom, 24. Jänner. Das vom König heute unterzeichnete Dekret, das die Auflösung der Kammer verfügt, legt, wie die Blätter melden, die Neuwahlen für den 6. April und die Einberufung der neuen Kammer für 24. Mai fest.

Die Lohnbewegung der Wiener Versicherungsangestellten.

Wien, 25. Jänner. Heute veranstalteten vor dem Bureau des Verbandes der österreichischen Versicherungsangestellten die Angestellten der Wiener Versicherungsangestellten eine Demonstration. Es wurde eine Deputation in das Verbandsbureau geschickt. Als bekannt wurde, daß die Deputation nichts ausgerichtet habe, kam es vor dem Bureau zu stürmischen Auftritten, so daß die Polizei einschreiten mußte.

Gulden-Währung in Polen.

Warschau, 25. Jänner. Heute ist die neue Verordnung des Präsidenten der Republik betreffend die polnische Währung ins Leben getreten. Die polnische Münzeinheit ist der polnische Gulden (Głoty), der in 100 Groschen eingeteilt ist. Es sollen Goldmünzen zu hundert, fünfzig, zwanzig, zehn und fünf Gulden, Silbermünzen zu fünf, zwei, einen und halben Gulden, Nickelmünzen zu zwanzig und zehn Groschen und Bronzemünzen zu fünf, drei und einen Groschen zur Ausprägung gelangen. Das Recht der Münzprägung hat nur der Staat. Der Finanzminister wird den Zeitpunkt festsetzen, in welchem die neuen Münzen in Umlauf gesetzt werden.

Letzte Nachrichten.

Macdonald's Friedenspolitik.

London, 25. Jänner. Der Berichterstatter der „Times“ schreibt: Die Hauptveränderung, für die Macdonald in der Zusammensetzung des Außenministeriums eintrete, sei eine stärkere Vertretung der Völkerbundsanhänger. Er sei entschlossen, alles zu tun, was möglich sei, um die auswärtige Politik, die bisher verschieden gewesen zu sein scheint, nachdem sie durch den Völkerbund oder durch die gewohnten diplomatischen Kanäle geführt wurde, einheitlich zu gestalten. Es verlautete auch, daß ein weiterer Unterstaatssekretär ernannt werden wird, dessen Aufgabe es sein werde, die Völkerbunds politik im Außenamt zu vertreten. Ein weiterer Schritt werde wahrscheinlich die Annahme der Klausel in dem Protokoll des Internationalen Gerichtshofes sein, die es für ein Land obligatorisch mache, zu schiedsgerichtlichen Entscheidungen zu greifen, wenn ein anderer Unterzeichner der Klausel sie anrufe. Augenblicklich hätten etwa zwanzig dem Völkerbund angehörende Nationen diese Klausel angenommen; unter ihnen befände sich aber keine europäische Großmacht.

Ein Separatistenführer ermordet.

Wien, 25. Jänner. Der bekannte Separatistenführer Schlicht, der in den Tagen der Sonderbündlerherrschaft im Kreise Meien die Hauptrolle spielte, ist gestern abend von Unbekannten, von denen jede Spur fehlt, erschossen worden. Man fand ihn, von acht Kugeln durchbohrt, auf. Er hat sich dadurch besonders bekannt gemacht, daß er während seiner Terrorherrschaft im Kreise Meien Rotgeld im Rennwerte von sieben Trillionen als sogenanntes „Schlicht-Geld“ drucken ließ.

Beschuldigungen Hortkys.

Budapest, 25. Jänner. In politischen Kreisen verlautet, daß der Reichsverweser die Absicht habe, die oppositionellen Politiker zu empfangen. Die Atmosphäre in der Nationalversammlung hat sich in der letzten Zeit überaus verschlechtert. Der größte Teil der Indemnitätsdebatte wurde mit Enthaltungen ausgefüllt, in denen der Reichsverweser ziemlich unverblümt von Seiten einzelner Mitglieder der Opposition beschuldigt wurde, um die Mordtaten gewußt, wenn nicht gar ihnen beige stimmt zu haben. Angesichts der bevorstehenden Verhandlungen über die Anleihefrage wäre es sehr wünschenswert, daß eine ruhigere parlamentarische Atmosphäre geschaffen würde. Daher die Konferenzen, die der Reichsverweser mit Mitgliedern der Opposition pflegen soll.

Inland.

Nachklänge zur Korruptionsaffäre.

Klofač ist mit seiner Partei unzufrieden.

Senator Klofač, der Begründer der tschechischen nationalsozialistischen Partei, hat sich in ihr Brüner Organ flüchten müssen, um seine Unzufriedenheit mit den moralischen Zuständen in der nationalsozialistischen Partei zu dokumentieren. „Ich bin nicht zufrieden damit“, sagt Klofač, „was ich in den sozialistischen Parteien bei uns sehe und was ich in unserer Partei sehe. Wenn Affären sind, dann müssen wir ein unparteiisches Tribunal haben, welches die Sachen prüft und entscheidet. Ich habe nicht immer Verständnis gefunden, nicht einmal in der eigenen Partei. Das Verhalten in alten Gewohnheiten ist überall, auch bei uns, bemerkbar, deshalb stehe ich schon seit Jahren außerhalb dessen, was man bei uns Politik nennt. Der Senat wurde aus allem Geschehen zum großen Schaden der öffentlichen Dinge ausgeschaltet. Ich könnte also einfach den bequemsten Standpunkt einnehmen, zu sagen, alles, was geschehen ist, ist ohne mein Wissen geschehen und ich habe demgemäß keine Verantwortung. So können ehrliche Männer aber nicht handeln. Vielleicht wird meine Ansicht liegen, daß in die Partei Leute nur nach eingehender Prüfung aufgenommen werden. Wir können moralisch nicht für jeden, der mit uns geht, verantwortlich gemacht werden, aber wir müssen einen Kern von Anhängern haben, welche gewissenhaft im öffentlichen und privaten Leben eine Reihe strenger Verpflichtungen erfüllen wer-

Die Sozialversicherung im Ausschuß.

Eine Rede des Genossen Hadenberg. — Beendigung der Generaldebatte.

Prag, 25. Jänner. Die Generaldebatte über die Sozialversicherungsvorlage wurde im sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses heute zu Ende geführt; es gelangten am letzten Tage der Debatte nur tschechische Redner zu Worte.

Der tschechische Gewerbetreibender Babra meinte, daß unser Staat in sozialen Fragen in der kurzen Zeit seines Bestandes schon „zu viel“ getan habe. Er beschwerte sich darüber, daß die Sozialisten das sozialistische Programm ohne Rücksicht auf die für den Staat möglichen wirtschaftlichen und finanziellen Folgen durchzuführen. Die gewerbliche Arbeiterschaft erhoffe von der Sozialversicherung nichts — meinte der Vertreter des „kleinen Mannes“ — Babra.

Der slowakische Sozialdemokrat Lehocký erklärte, daß in der Bestimmung der Vorlage, durch die nur eine Zentrale errichtet werde, wieder das Bestreben nach Zentralisierung ersichtlich sei. Die Slowakei habe aber die Proger Zentralisierungs- sucht schon satt.

Der Nationaldemokrat Kamelstý befaßte sich mit der Sozialversicherungsvorlage vom Standpunkt der Gewerbetreibenden und Kaufleute. Er kann sich mit dem Gedanken, daß die Sozialversicherung nur den Interessen einer Klasse dienen soll, nicht befremden, deshalb müsse auch die Sozialversicherung der Gewerbetreibenden und Kaufleute geschaffen werden. Er versicherte ferner, der ehrlichste (!) Freund der Sozialversicherung zu sein.

Der tschechische Sozialdemokrat Johaniš befaßte sich mit den in der Debatte gegen die Sozialversicherung erhobenen Einwendungen und behauptete, daß es nicht möglich war, den Standpunkt der Fachleute in wichtigen Bestimmungen der Vorlage durchzusetzen. Es sei interessant, daß gegen die Absichten der berufenen Fachleute gerade in den nichtsozialistischen Ministerium Sturm gelaufen wurde. Er verweist ferner darauf, daß der größte Widerstand gegen die Gesetzgebung der Vorlage gerade in den wirtschaftlich stärksten Schichten, in der Großindustrie, lebendig sei. Zum Schluß begrüßt er den historischen Moment, da an die Gesetzgebung der Sozialversicherung geschritten werde.

Der Kommunist Aučera sagte, daß seine Partei auf dem Standpunkte stehe, daß die Sozialversicherung einheitlich und allgemein sein müsse. Er kündigte Abänderungsanträge an.

Der tschechische Sozialdemokrat Layerle, der letzte Redner des Tages, bekräftigte die Vorlage aufrichtig und lehnte jede Möglichkeit, sie unter irgendwelchen nichtigen Vorwänden zu verschieben, ab.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 29. Jänner, um halb 3 Uhr nachmittags. In dieser Sitzung wird Professor Schönbaum die Anfragen über die mit der Sozialversicherung verbundenen Kosten beantworten und der Generalberichterstatter Dr. Winter sein Schlusswort halten.

In der vorgestrigen Sitzung nahm Genosse Hadenberg Stellung zu den Ausführungen der einzelnen Vordredner und hob zunächst hervor, daß in der Frage der Selbständigenversicherung ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen den Anschauungen des Abg. Dušičky und jenen unserer Partei nicht besteht. Die Sozialdemokraten haben nicht nur den Kampf geführt für die Sozialversicherung der Selbständigen, sondern auch für jene der Selbständigen, indem sie die Schaffung einer allgemeinen Alters- und Invaliditätsversicherung und Witwen- und Waisenversorgung anstrebten für alle ohne Rücksicht darauf, ob sie unselbständig oder selbständig sind. Allerdings haben sie gegen eine Verquickung beider Arten der Versicherung Stellung genommen, nicht bloß aus dem Grunde, weil sie eine Verschleppung des Fortschrittes der Versicherung für die Unselbständigen fürchteten, sondern auch aus dem Grunde, weil es sich bei den beiden Versicherungsarten um wesentlich verschiedene Versicherungsgrundlagen handelt. Unsere

den und nur aus diesen können unsere offiziellen Funktionäre und Vertreter ausgewählt werden. Der papierene Sozialismus ist mir zuwider, der Sozialismus muß aus den reinsten Gedanken erwachsen, es kann nicht zweierlei Art des Lebens geben ein politisches und ein privates.“

Klofač verfuhr da den verschiedenen Laubes und Tüchens eine heftige Ohrfeige, denn gerade auf diese Leute passen die Worte Klofačs wie angegossen. Wenn man diese Kundgebung Klofačs mit der des Redakteurs Pávek, die ebenfalls im Brüner Blatt der Nationalsozialisten erschienen ist, vergleicht, und in der Pávek seiner Erbitterung über die Korruption, welche die Eingeweide der Partei zerfrisst, Ausdruck gibt, so sieht man, daß die Empörung über die fortschreitende Korruption selbst innerhalb der an Affären dieser Art reichen Partei Platz ergriffen hat.

11. Feber — Senatsitzung.

Wie verlautet, tritt der Senat am 11. Feber zu einer Sitzung zusammen, in der die Neuwahl des Senatspräsidenten erfolgen soll. Zu den bereits genannten drei Kandidaten (Doráček, Krojher und Donat) tritt nunmehr noch

Partei ist auch für die weitgehendste Ausgestaltung der Heilbehandlung, diese darf aber keinesfalls durch Herabsetzung des Krankengeldes in die Wege geleitet werden. Was die Frage der freien Arztwahl betrifft, so handelt es sich den Sozialdemokraten keineswegs vorwiegend um das materielle Interesse der Klassen, sie behandeln vielmehr diese Frage von dem Gesichtspunkte aus, welche Vorteile die freie Arztwahl den Versicherten bietet, wobei sie zu der Überzeugung gelangten, daß die freie Arztwahl nicht jene Vorteile in sich birgt, von denen hier gesprochen wurde. Auch die Industriellenverbände, welche Krankenkassen verwalten, haben gefunden, daß die freie Arztwahl nicht nur nicht im Interesse der Klassen selbst, sondern auch nicht im Interesse der Versicherten gelegen ist und haben aus diesen Gründen gegen sie Stellung genommen. Redner nimmt weiter Stellung gegen die Ausführungen des Abg. Pávek in der Frage der Verschreibungen von teuren Medikamenten. Daraus, daß die Arbeitgeber auch Beiträge zur Versicherung leisten, könne man nicht folgern, daß sie ein Recht haben auf eine paritätische Vertretung, denn man muß sich fragen, ob es nicht der Arbeiter ist, der diese Beiträge des Fabrikanten erarbeiten muß. Der Fabrikant könnte diese Beiträge auch dem Arbeiter in Form einer Lohnhöhung zukommen lassen und der Arbeiter würde dann den ganzen Versicherungsbeitrag selbst zahlen. Wie nehmen nur deswegen gegen das Proportionalwahlrecht Stellung, weil durch die Teilnahme der Unternehmer eine Verschiebung zu ungunsten der Arbeiter eintritt. In der Frage des Rentenzuschusses ist es uns nicht gleichgültig, ob ein Prämien- oder Rentenzuschuß gezahlt wird, da wir wünschen, daß dem Rentner eine halbwegs entsprechende Rente eingeräumt wird. Wir müssen auch Stellung nehmen gegen die Bestimmung der Teuerungszulagen im Verordnungswege. Redner wendet sich hierauf gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Matoušek in der Frage der Dienstreiterversicherung, und spricht sich dagegen aus, daß die Dienstreiter dort versichert werden sollen, wo ihr Arbeitgeber versichert ist. Entgegen der Anschauung des Abg. Matoušek wären die Versicherungsinstitute von der Einflußnahme des Finanzministeriums auf die Aufsicht fernzuhalten. In der Frage der Bezüge der Krankenkassenbeamten muß darauf gesehen werden, daß diese Beamten so gestellt werden, daß sie sich ihren Aufgaben voll und ganz widmen können. Redner spricht sich für die Einverleibung der Unfallversicherung in die Sozialversicherung aus, sowie gegen die Forderung, daß bei den Versicherungsgerichten nur Berufsrichter zu entscheiden hätten. Redner bekräftigt sodann die Frage der Leistung und meint, daß durch die Bestimmung, wonach in Erkrankungsfällen die Unterstützung nicht vom ersten Tage an bezahlt werden soll, sondern erst vom vierten Tage der Erkrankung, keine besonderen Ersparnisse für die Krankenkassen erzielt werden dürften. Zur Invalidenversicherung bemerken wir, daß die vier Lohnklassen nicht genügen und hätte hier dieselbe Einteilung wie für die Krankenversicherung zu gelten. Die Altersversicherung der Vorlage entspricht unseren Bedürfnissen und Wünschen gar nicht. Ebenso haben wir auch keine obligatorische Witwenversorgung, da die Witwe nur Anspruch auf eine Rente hat, wenn sie selbst invalid ist. Die Renten selbst sind gegenüber den früheren Vorschlägen bedeutend restringiert, z. B. in der vierten Klasse um 1000 Kronen. So ist die Altersversorgung nicht anders als eine Ausgestaltung der gegenwärtigen Armenversorgung. Darum ist begreiflich, daß wir an der Vorlage nicht nur Kritik üben, sondern auch alle möglichen Abänderungsanträge stellen. Wir hoffen, daß es uns gelingt, wirklich positive Arbeit zu leisten und die Mehrheitsparteien zu überzeugen, daß nicht nur Details, sondern auch Grundprinzipien geändert werden müssen.

Senator Rozložný, der ebenfalls als Kandidat des agrarischen Klubs auf die Präsidentenstelle genannt wird.

Pelikan verläßt den nationalsozialistischen Abgeordnetenkklub.

Der Abgeordnete Pelikan sandte gestern dem Präsidium der nationalsozialistischen Partei eine Zuschrift, in der er rief, daß er aus dem Klub der Abgeordneten der Partei austritt, ohne sich seines Mandates zu begeben. Für den Fall, daß die Partei die Sache dem Wahlgerichtshof u.ergibt, droht Pelikan mit Enthüllungen. In den Kreisen der Parteileitung erzählt man wiederum, daß Pelikan irgendwelche Geschäfte mit amerikanischen Desen gemacht hat. Deshalb habe die Partei Pelikan aufgefördert, sein Mandat niederzuliegen . . .

Hafentrawler gegen einander!

Die Nationalsozialisten nennen die Deutschenationalen Lausbuben, die wieder jene zum Fenster hinauswerfen wollen.

Der Duzer „Tag“ beschwert sich in einem Bericht seiner Drispartei Jopš do f in Währen

über die „schmachvolle und lausübertische Weise“ in der Nationalpartei in Namik bei Ostrau gegen Nationalsozialisten vorgingen und schreibt unter anderem:

„Die nationalsozialistische Ortspartei Joggendorf hatte für diesen Tag eine auf geladene Gäste beschränkte Beratung hier angezettelt, die aus den deutschen Arbeiterkreisen sehr gut besucht war und sich mit den Verbreitungsmöglichkeiten der nationalen Arbeiterbewegung in unserem Gebiete befaßte. Nach den einleitenden Worten des Bezirksobmannes P. Subatschel-Joggendorf, der auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit der politischen Arbeit verwies, gab P. Vizebürgermeister Schubert-Fulnek in kurzen und klaren Umrissen ein Bild von den Grundsätzen und Zielen der Bewegung, so daß klar zum Ausdruck kam, daß es für den ehrlich deutsch gesinnten Arbeiter nur eine Bewegung geben kann, die nationalsozialistische. Während der nun folgenden Aussprache, bei welcher sich die fast allgemeine Zustimmung der Anwesenden zu den Ausführungen unserer Parteigenossen ergab, erschien plötzlich gleich einer Horde Betrunkener von zwei Seiten eine große Anzahl von Landwirten (Die Landwirte sind in Mähren noch zum größten Teil im Lager der Nationalpartei. A. d. Red.), die im selben Gasthause eine Versammlung abhielten, und forderten unsere Parteigenossen auf, die Beratung sofort zu schließen, da man hier keine Zerpfisterung in Parteien und keine Nationalsozialisten dulde. Unsere ruhigen Gegenüberungen wurden von den sich wie wahnsinnig Gebärdenden niedergebrellt, wobei von diesen feinen „nationalen“ Stänkerern Drohungen wie „mit Bauernhäufen zu tun bekommen“ und „zum Fenster hinauswerfen“ zu hören waren. Schließlich wurden wir „im Auftrag des Bürgermeisters“ aufgefordert, das Lokal binnen einer Viertelstunde zu verlassen, widrigenfalls wir alle Folgen zu tragen hätten. Das Benehmen bei diesem sinnlosen Ueberfall war ekelhaft und zeigte auch nicht die Spur eines Anstandsgefühls, es zeigte aber auch, daß hier unter der Maske einer nationalen Betätigung mit der nationalen Sache in einer Weise Schindluder getrieben wird, daß man an der Zukunft zweifeln könnte.“

Der „Tag“ spricht dann den trefflichen Gedanken aus, daß die nationalsozialistischen Arbeiter, von dem ordinären Kampf der Parteienkreuzer untereinander angeleitet, zur „Internationalen“ zurückfinden werden, und fordert die Führer der Deutschnationalen auf, zu erklären, „ob sie mit diesem Treiben einiger feck- und rauschhafter Gesellen einverstanden sind.“

Den Reim auf diese nationalsozialistisch-deutschnationale Keilerei wird sich wohl jeder Arbeiter selber machen.

Ausland.

Das Wiederaufbau-Panama in Nordfrankreich.

Die hauptsächlich vom Abgeordneten Jugheß eingeleitete und seit Monaten vom Quaidien, dem Progress Civique usw. geführte Kampagne gegen die Kriegsschadensentschädigungs-Standale in den verwüsteten Gebieten Frankreichs, führt nun doch dazu, daß sich die eingesezte parlamentarische Untersuchungskommission energisch mit der Angelegenheit befaßt, trotzdem die Regierung in der Kammer noch in lechter Instanz versucht hat, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Zur Förderung der Erhebung trägt wohl auch der Umstand bei, daß, wie sich ein Blatt ausdrückt, nicht alle Bewohner und Industriellen des Nordens Betrüger sind und es viele gerne sehen, wenn die Spreu vom Korn gesondert wird.

Bei den dem Staat durch betrügerische Angaben gestohlenen Summen soll es sich den neuesten Meldungen zufolge um nicht weniger als 20 Milliarden Franken handeln.

Gleichzeitig wird gemeldet, daß große Mengen Eisen (circa 1100 Wagen), die von sechs deutschen Städten geliefert worden und für einige Städte des Nordens bestimmt sind, von Schiebern in betrügerischer Weise von ihrer Route abgelenkt wurden und zum größten Teil in Dänischen, Calais usw. zur Verschiffung gelangten. Die Schieber gehen dabei vielfach so vor, daß sie Kriegsbeschädigten des Nordens, die in Geldverlegenheit sind, die Gutscheine zu einem Spottpreis ablaufen. Die Betrügereien belaufen sich bei diesen Eisenlieferungen auf etwa acht Millionen Franken.

Regierungskrise in Lettland.

Die ungünstige Zusammensetzung des lettlandischen Parlamentes, wo gegenüber 39 Bürgerlichen und sieben gemäßigten Sozialisten 46 oppositionelle Abgeordnete stehen und den acht Nationalisten die Rolle des Jünglings an der Wage zufällt, machte es lange Zeit unmöglich, ein Kabinett zusammenzubringen. Schließlich gelang es doch, eine Koalitionsregierung Meierowicz zu bilden. Die Zentrumsmitglieder begannen jedoch bald mit Intrige und scharfen Angriffen gegen ihre Koalitionspartner und brachten es zur Demission des sozialdemokratischen Finanzministers Punga, wodurch nach kaum zweimonatlichem Bestande Koalition und Kabinett erschüttert wurden. Die Bürgerlichen wollen nun den Posten des Finanzministers durch den bisherigen Staatsbankpräsidenten besetzen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß aus dieser Krise ein linksgerichtetes Kabinett hervorgehen wird was auch in außenpolitischer Beziehung einen Wechsel des bisherigen polenfreundlichen Kurses zur Folge haben würde.

Tages-Neuigkeiten.

Concoursmus.

Aus der letzten Nummer des Witzblattes unserer reichsdeutschen Genossen „Lachen links!“:

Viktor Adler traf beim Auszug durch die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ einen jungen Mitarbeiter Kautskys „Karl Marx“ „sonomische Lehren“ lesend an. „Wissen Sie,“ sagte der Doktor, „dazu weiß ich Ihnen einen großartigen Kommentar!“ — „Nun Herr Doktor!“ — „Das Kapital von Karl Marx!“

Es war zwei Tage vor den österreichischen Bahnen. Der bekannte Genosse Fernerstorfer sollte am letzten Sonntag einen Schlußgalopp von drei Versammlungen in Böhmen absolvieren und ein sozialdemokratisches Blatt hatte in jede der drei Städte, in denen Fernerstorfer sprach, einen besonderen Stenographen entsandt, um Fernerstorfers Reden am letzten Tage vor der Wahl alsbaldmöglichst wirksames Reklamationsmittel zu veröffentlichen. Schon war die Zeitung umbrochen und auf der ersten Seite prangte die Manichette: „Drei Reden unseres Abgeordneten Fernerstorfer“, als einem der Redakteure doch der Gedanke kam, die Reden vor Erscheinen der Zeitung einmal zu lesen. Doch nach wenigen Minuten stürzte er schreckensbleich in die Secherei, um die Fertigstellung des Blattes aufzuhalten. In allen drei Reden stand nämlich wörtlich dasfelde.

Ein jüdischer Pfaffe. Unser Ausrücker Parteiblatt veröffentlicht folgende seiner Redaktion zugewandene Zuschrift: „Lasset die Kleinen zu mir kommen“, so lautet ein bekanntes Liebeswort Christi. Der Prior des heiligen Dominikanerklosters, Herbst, der sich ein Diener Christi nennt, prügelt aber die Kleinen, noch dazu siebenjährige Kinder, in der Religionsstunde mit einem Riemen ins Gesicht. Natürlich wagt er dies nicht bei allen Kindern, sondern sucht sich dazu solche Opfer aus, von denen er glaubt, daß sie hilflos seinen jüdischen Gelüsten angesetzt sind. So praktizierte er das letztemal sein rohes Handwerk in der zweiten Klasse der zweiten Anabernvolksschule an dem Sohne einer armen Kriegswitwe. Wir wägen vorläufig diesen Fall an, in der Erwartung, daß die maßgebenden Schulorgane, vor allem der zuständige Schulpfector, diesen Fall untersuchen und dem Prior Herbst das Handwerk legen. — Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Christlichsozialen wie immer, diese Meldung als eine „reine“ Verleumdung bezeichnen werden.

Vorzeltige Freunde. Durch die deutschbürgerliche und gelbe Presse ging vor einiger Zeit eine Meldung, wonach der sozialdemokratische Bergarbeiter Anton Wilsing, der in der abgelaufenen Wahlperiode Mitglied der Sechstädter Stadtvertretung war, in seiner Eigenschaft als Vervalter der städtischen Häuser und Kassier der Gemeindebücherei 4502 Kronen veruntreut habe. Hierbei schlugen die bürgerlichen Blätter Purzelbäume vor Freude darüber, daß sie der sozialdemokratischen Partei wieder eine auswärtige sonnten. Dazu wäre festzustellen, daß Wilsing, so wie viele andere, nach dem Umsturz zur Sozialdemokratie kam, daß er aber bald wieder abschwante und zu einer Zeit, da von seinen Unterschlagungen noch keine Ahnung war, wegen veräterlicher Haltung im Gemeinderat auf Antrag der Sechstädter Genossen aus unserer Partei ausgeschlossen wurde. Wilsing trat nun offen als deutschnationaler Gemeindevorteiler auf und kämpfte gemeinsam mit den Deutschbürgerlichen gegen die sozialdemokratischen Vertreter in der Gemeindestube. Die Begeisterung der Deutschnationalen über Wilsing war groß und sie priesen ihn als leuchtendes Vorbild für die deutschen Arbeiter, das sich von den „marxistischen Zirkeln“ abgewandt habe und wieder hinstand zur allein segnmachenden „Volksgemeinschaft“ mit den Geldsackvertretern. Nun stellt sich zu ihrem Entsetzen heraus, daß der reuig gewordene Wilsing ein Betrüger ist, dem sie ausgesetzt waren.

Solinger-Gedenkfeste. Am 8. Feber sind es zehn Jahre, daß im Kampfe zwischen Arbeit und Kapital Genosse Johann Solinger, Buchdrucker, von einem Streikbrecherentgen erschossen wurde. Die organisierte Arbeiterkraft des Bezirkes Teichern legt daher am 10. Feber vormittags einen Kranz am Grabe Solingers nieder. Nachmittags findet eine große Gedenkfeste in der Volkshalle statt.

Befreiungsbattion für bedürftige Kinder Arbeitslofer. Die deutsche Bundeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge teilt uns mit: Die Zentralkommission zur Vergebung der Lieferungen bei der Tschechischen Landeskommission für Jugendfürsorge in Prag hat in der Versammlung vom 17. Jänner 1924 eine engere Kommission gewählt, die in den allernächsten Tagen entscheiden wird, welche Firmen zur Einbringung von Lieferungsanträgen für den Befreiungsbedarf bedürftiger Kinder auf Rechnung der Staatsmittel einzuladen sind. Es ist darum ganz zwecklos, Offerten oder Anmeldungen für Lieferungen und Muster der Tschechischen Landeskommission für Jugendfürsorge einzufenden. Auf solche Anmeldungen kann keine Rücksicht genommen werden. Firmen, die von der Zentralkommission bestimmt wurden, werden zur schriftlichen Offerteinbringung eingeladen werden. Es wird hierbei ausdrücklich bemerkt, daß die Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen auf die Vergebung der Lieferungen in diesem Jahre keinerlei Einfluß hat.

Die Todesursachen im Prager Kreise. Die Statistik ergibt die Tatsache, daß im Prager Kreise 65 bis 70 Prozent der Todesfälle nicht auf Rechnung des natürlichen Altersprozesses zu setzen sind. Die Tuberkulose nimmt 25 Prozent der Todesfälle in Anspruch, organische Herzfehler und Arterienkrankheiten elf Prozent, Lungenentzündung 9.6 Prozent, Neubildungen 6.5 Prozent, angeborene Schwäche sechs Prozent, Schlagfluß 2.3 Prozent, ferner Typhus, Keuchhusten usw.

Innerprag ohne Wasser. Um sieben Uhr früh barst gestern ein Leitungsröhr des Wasserreservoirs am Karlov. Sobald von dem erfolgten Bruch die Wasserstation Prags verständigt war, wurde der Zutuß des Wassers auf dem Karlov gesperrt. Es wurde das gesamte Wasser, das in den Leitungsröhren innerhalb Prags angesammelt ist, ausgepumpt. Die inneren Stadtteile blieben somit bis in die Nachtstunden hinein ohne Wasser. Da der durch den Rohrbruch angerichtete Schaden nach sechs Uhr abends wieder behoben war, konnte mit der Wassereinkleitung in die gesperrten Reservoirs begonnen werden. Die Wasserzufuhr in die innere Stadt wurde jedoch erst gegen Mitternacht wieder möglich.

Das Investitionsprogramm für Groß Prag. Die Investitionskommission der Hauptstadt Prag arbeitet an einem großen, über Wunsch der Regierung auf fünf Jahre verteilten Investitionsprogramm, zu dem die Regierung nach einer Information des „Ceske Slovo“ 50 Millionen K beizutragen beabsichtigt. Im Vordergrund der sozialen Aufgaben steht der Bau einer Zentralversorgungsanstalt an der Peripherie Groß-Prags in gesunder, bewaldeter Umgebung. Das Pavillonsystem würde die allmähliche Uebertragung aller städtischen Humanitätsanstalten, des Armen-, Siechen-, Waisenhauses, der Sanatorien und der Findelanstalt unter einer einheitlichen, wesentliche Ersparungen bewirkenden Verwaltung ermöglichen. Der Aufwand für fünf Jahre wird mit 80 Millionen K veranschlagt; die bisherigen Baulichkeiten würden frei werden. Weiters sollen Grasspielfläche für Kinder errichtet werden, ferner Kinder-sanatorien und ein Kinder-siechenhaus. Auf der Bulowk in Lieben soll ein großes Krankenhaus errichtet werden. Ein zweites, für die Bewohner des linken Moldausfers bestimmtes Krankenhaus soll in Motol gebaut werden, wobei der Motoler Kanal reguliert werden soll. Eine neue Desinfektionsstation, eine Station der Rettungsanstalt mit einem Stationsnetz für alle Prager Bezirke sind Projekte der nächsten Zeit.

Vorübergehende Stilleung des Prager Straßenbahnverkehrs. In den Elektrizitätswerken auf dem Karlov in Prag ist gestern früh die Leitung zum Wasserreservoir geborsten. Da das Wasser von Karlov die Kanäle inundierte, mußte die elektrische Leitung ausgeschaltet werden. Infolgedessen kam es zu einer Stilleung des gesamten elektrischen Straßenbahnverkehrs in Prag in der Zeit von 6.55 Uhr früh bis 8.05 Uhr, ein Vorfall, der für alle, die ins Bureau eilten und in Unkenntnis der Stromstörung an den Haltestellen warteten, höchst peinlich war.

„Vom Wirtshaus ins Volkshaus.“ Der Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten Nordamerikas und die, wenn auch bescheidenen Erfolge der Nüchternheitsbewegung in allen Kulturstaaten, haben dem Alkoholkapital überall gewaltige Angst eingejagt und es hat Vereinigungen gegen die Abstinenzbewegung gegründet. Auch in der Tschechoslowakei wurde im Jahre 1922 ein solcher Verein ins Leben gerufen. Er führt den Namen: „Berein gegen die Auswüchse des Antialkoholismus“. Die Gründer des Vereines waren: die Genossenschaft der landwirtschaftlichen Brennerereien (Obmann Herr Karl Proszel), der Verband der industriellen Brennerereien, die Genossenschaft der Raffinerien und die ehemalige Spirituskommission. Den Alkoholgegnern stehen natürlich für ihre Propagandazwecke nun nicht die Millionen des Alkohollapitals zur Verfügung. Sie müssen sich auf zielbewußte Aufklärungsarbeit beschränken. Aus dem jüngst erschienenen Heftchen: „Das Gemeindefestimmungsrecht“ von Genossen Dr. Dollitscher, erfährt man, daß heute auf etwa 150 Köpfe — eingerechnet sind dabei Säuglinge, Kinder und Frauen, — ein Wirtshaus kommt. Da die Frauen als ständiges Gasthauspublikum doch nicht mizählen, ist es klar, daß in manchen Gemeinden höchstens 40 bis 50 erwachsene Männer ein Wirtshaus erhalten müssen. Eine Möglichkeit für die Bewohner der Gemeinden bei der Vergebung von Konzessionen selbst zu entscheiden, gibt die Lokal-Option oder mit deutschem Namen: das Gemeindefestimmungsrecht. Ueber dieses Thema spricht unser dem Titel: „Vom Wirtshaus ins Volkshaus“, Montag, den 28. v. M., einhalb 8 Uhr abends, im Karolinum, der Vorkämpfer der reichsdeutschen Nüchternheitsbewegung Prof. J. Gonsler. Der Vortrag ist allgemein zugänglich.

Der Eisgang auf der Elbe. Einer Dresdner Meldung zufolge ist das Eis auf der Elbe, das zwischen der sächsisch-böhmischen Grenze und Schöna festgeraten war, nunmehr in Bewegung gekommen und hat im Laufe des Donnerstags bis in die Nachmittagsstunden hinein bei einem Wasserstande von 100 Zentimeter unter Null die Dresdner Elbebrücke passiert.

Selbstmord mit einer Ersatzpatrone. Der Feuertarbeiter Josef Uher in Pisek hat sich in schrecklicher Weise dadurch getödet, daß er eine Ersatzpatrone, die er zur Feuertrennung brauchte, in den Mund nahm und durch elektrischen Strom zur Explosion brachte. Der Schadel des Unglücklichen wurde vollständig zersplittert.

Brände. In Klattau vernichtete ein Schandfeuer Wirtshausgebäude mit Vorräten und zwölf Stück Rindvieh. Der Schaden beträgt 150.000

Kronen. Die Versicherungssumme ist gering. Die Ursache der Entstehung des Brandes konnte nicht festgestellt werden. — In Rohov bei Postowitz brannte die hochverschickerte Scheuer des ehemaligen Gemeindevorsteheres Jof. Rablec unter verdächtigen Umständen nieder. Rablec hatte bereits einmal anlässlich eines Brandes 18.000 K Versicherungssumme erhalten. Alle Umstände machten ihn der Brandheftung in beiden Fällen verdächtig, weshalb er verhaftet wurde.

Der „Hinkemann“-Skandal. Zu mitternächtiger Stunde kam am Donnerstag im sächsischen Landtage der Hinkemann-Skandal im Dresdner Schauspielhause zur Berührung. Demokraten und Sozialisten richteten scharfe Angriffe gegen die Rechtsparteien, die bekanntlich die Aufführung des Stückes gestört und die Wiederholung verhindert hatten. Kultusminister Dr. Kaiser erklärte: Der Theaterstandal könne nicht aus einer Verletzung sittlicher Gefühle oder nation-ler Empfindungen hervorgegangen worden sein; wichtige Szenen seien von den Demonstranten mißverstanden worden. Dem Antrage, den Schauspielerdirektor Wiecke zu entlassen, könne die Regierung nicht entsprechen. Der Skandal sei Wochen vorher vorbereitet worden; man habe sogar außerhalb Dresdens Mittel gesammelt, um die Aufführung durchzuführen. Ein Verbot der Aufführung werde die Regierung nicht erlassen. In der folgenden Aussprache nahmen die Koalitionsparteien für die Regierung und für das Stück, die Deutschnationalen dagegen Stellung.

Neue Nordblaten der Wälder Separatisten. Wie die Blätter melden, veranstaltete die Bevölkerung von Lauterode in der Wälder einen Demonstrationzug gegen die Separatisten. Als die Menge gegen die frühere Gendarmestation zog, gaben drei Separatisten, die sich dort verheimlicht hatten, auf die Menge Gewehrschüsse ab. Als die Tür des Gebäudes eingeschlagen wurde, ergaben sich die drei Separatisten. Inzwischen erschienen von Kaiserslautern und Kusel etwa 50 schwer bewaffnete Separatisten, die die Gefangenen befreiten und blindlings in die Menge hineinschoßen. Ein Arbeiter, der sich auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte befand, wurde durch einen Kopfschuß getödet. Darauf nahmen die Separatisten unter dem Schutze französischer Gendarmen 50 bis 60 Einwohner von Lauterode gefest.

Stinkbombenwürfe in der Berliner Gemeindestube. Eine Wolff-Meldung aus Berlin besagt: In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es bei der Einbringung eines kommunalistischen Dringlichkeitsantrages auf Verbesserung der Erwerbslosen auf heftige Tumultszüge an. Die anscheinend aus Erwerbslosen zusammengesetzte Zuhörerschaft bewarf Pressedirekteur und Stadverordnete mit Stinkbomben. Die Tribünen mußten geräumt werden und die Zuhörer zogen unter Hochrufen, Abingung der Internationalen und Werfen von weiteren Stinkbomben ab.

Industriellenelder für den Christlichsozialen Wahlsond. Vor dem Verfassungsgerichtshof in Wien fand gestern die Verhandlung über die Industriellenmandate der Christlichsozialen Partei statt. Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes wird erst am Samstag verkündet werden. In der gestrigen Verhandlung kamen sehr interessante Einwürfe über die Bestimmung der Christlichsozialen durch die Industriellen zur Sprache. Im Vorverfahren hat nämlich eine Reihe von Zeugen, unter diesen der Obmann und der Obmannstellvertreter des Gewerbetreibenden der Industriellen bestätigt, daß die Industriellen den Christlichsozialen nicht nur bei den letzten, sondern auch schon bei früheren Wahlen Geld gegeben haben. Diese Gelder wurden auch nach der Aufstellung der Kandidaten gegeben. Die Zeugen bestritten allerdings, daß damit die Auffstellung der Industriellen bezahlt worden sei. Abg. Genosse Dr. Eisler stellte in der gestrigen Verhandlung fest, daß ihn, als er seinerzeit im Abgeordnetenhaus erklärte, daß die Christlichsozialen Geld bekommen, der christlichsoziale Abgeordnete Kunzschal einen Verleumdung genannt habe. Genosse Dr. Eisler machte auch die Mitteilung, daß Dr. Weidenhofer den kirchlichen Sozialdemokraten einen Plan vorgelegt habe, wie man die Regierung Seipels stürzen könne. Dr. Eisler verlangte, daß der Verfassungsgerichtshof möge aussprechen, daß Mandate in der Republik nicht käuflich sind. Der Vertreter der Christlichsozialen wußte nichts anderes zu sagen, als daß es niemandem (?) angehe, wen die Christlichsozialen kandidateieren und wer ihnen Geld gibt. Es sei selbstverständlich (!), daß die Industriellen für die Wahlen Geld geben, da die Christlichsozialen die Interessen der Industriellen vertreten.

Beitrag. Die gastfreie Pfarrer-Föchin. In einem Dorfe in der Eifel ist eine sittliche Verfehlung vorgekommen, die den Pfarrer ganz aus dem Häuschen bringt. Er betrachtet es als eine Schandtat und eine Schandtat, daß bei seiner Wiederkunft ein Mannsbild gefunden worden ist, er weiß nur nicht wer. In der nächsten Sonntagspredigt knüpft er an dieses Ereignis an und donerte von der Kanzel herab: „... und dann sollt ihr euch schämen, der gemein genug gewesen ist mein Haus meinen Frieden zu stören und ausgerechnet die Unschuld in mein Heim zu tragen. Gleich, wer es getan und wer es gewesen, er müßte vor Schande und Scham diesen Ort verlassen.“ Sieben männliche Personen waren in der Kirche. Die Stühle erhoben sich und schlichen betäubt von dannen.

Wetterüberblick. Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderlich, Neigung zu Schneefällen, Frost, etwas milder, mäßige nordwestliche Winde.

Kleine Chronik.

Sieben Tote. Nach Berliner Blättermeldungen ereignete sich im *Leuna-Werk* bei *Merschburg* eine schwere Explosion. Ein Hochdruckbehälter flog durch die Entzündung von Anlagenteilen auseinander. Durch die Explosion wurden mehrere in der Nähe liegende Bauten schwer beschädigt. Durch umherfliegende Metallstücke wurden drei Arbeiter getötet. 25 Arbeiter wurden teils schwer, teils leicht verletzt. — Eine spätere Wolff-Meldung besagt: Von den bei dem Unglück im Leunawerk schwerverletzten Personen sind vier gestorben, so daß die Zahl der Toten nunmehr sieben beträgt.

Schweres Eisenbahnunglück in Würzburg. Im Würzburger Hauptbahnhof stieß beim Verladen ein Wagen, in dem sich 30 Personen befanden, die in das Gefängnis Lichienau gebracht werden sollten, mit einer Rangierabteilung festlich zusammen. Dabei wurden 21 Gefangene verletzt. Sie erlitten Kopfverletzungen, Prellungen, Hautabstürfungen usw. Bei zwei Mann sind die Verletzungen schwerer Natur. Die Schubfahrer und der den Transport begleitende Gendarmeriewachmeister kamen mit leichten Verletzungen davon. Die 21 verletzten Gefangenen wurden mit Sanitätskutsche in das *Luitpold-Krankenhaus* gebracht, die übrigen unverletzt Gebliebenen in das Würzburger Gefängnis eingeliefert. Aus den Schubabteilungen konnten die Gefangenen nur mit großer Mühe aus ihrer gefährlichen Lage befreit werden. Sie waren durch den Zusammenstoß eingeklemmt worden. Die Wagenteile und Türen mußten mit Stemmeisen erbrochen werden.

Zum Untergang des Kreuzers „Tacoma“. Der Kapitän und zwei Funkentelegraphisten des an der mexikanischen Küste gestrandeten amerikanischen Kreuzers „Tacoma“ haben den Tod gefunden. Ein Teil der Besatzung wurde durch Seefirekräfte der mexikanischen Küstenschutzflotte getötet. Das Schiff „Tacoma“ ist vollkommen vernichtet.

Gerichtssaal.

Ein Opfer veralteter Betriebs-einrichtungen.

Troppan, 24. Jänner. Als am 15. November 1923 die Bergleute in *Petershofen* beim Schichtwechsel den Anseilenschacht verlassen wollten, ereignete sich ein furchtbares Unglück, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Ein Bergarbeiter, der aus dem vierten Horizonte an die Oberfläche wollte, wurde von der Förderseilbahn zerquetscht.

Als „Schuldtrugende“ an diesem Unglück wurden zwei Bergarbeiter zur Verantwortung gezogen und angeklagt. Aus der Anklage entnehmen wir folgendes: Der 35 Jahre alte Bergarbeiter *Emil A.* aus *Schichtalowitz* hatte die Aufgabe, die Glodensignale aus den einzelnen Horizonten zur Auf- oder Abfahrt der Förderseilbahn auszumachen und diese dann an das Maschinenhaus weiterzugeben. *Emil A.* verspürte in am Tage des Unfalls plötzlich ein Unwohlsein und erjudete den in seiner Nähe stehenden Kollegen *Johann L.*, er möge die noch unter ihm Schachtwand befindlichen Kameraden zu Tage fördern. *L.* kam dem Ersuchen des *Emil A.* nach, gab aber, ohne das Signal aus dem vierten Horizonte abzugeben, das Signal an das Maschinenhaus weiter. Im vierten Horizonte wollte *Frantz Trinzka* gerade zu seinen übrigen Kameraden in die Förderseilbahn einsteigen, als diese bereits hochging und ihm zwischen den Einfuhrstollen den Kopf zerquetschte. Als *Johann L.* dann zu Tage gefördert toten Kameraden sah, weinte er bitterlich und rief sofort ein, an seinem Tode dadurch Schuld zu sein, daß er zu zeitig das Signal gegeben hatte. *Emil A.*, dem unwohl geworden war, wurde auch angeklagt, weil er seinen Dienst an den *Johann L.* übergeben hatte, ohne es zu melden.

Die beiden Angeklagten wurden von Gerichte zu drei Monaten Kerker, bedingt auf drei Jahre, verurteilt.

Würden die Auszüge nicht noch aus dem vorigen Jahrhundert stammen und würden sie automatisch funktionieren, so hätte sich dieses Unglück nicht ereignen können. So aber wurde der Arbeiter *Trinzka* ein Opfer der unmodernen Betriebsrichtung.

Hochkap'ler Liza.

Troppan, 24. Jänner. Vor dem Landesgerichte hatte sich ein gewisser *Albin Liza* wegen vieler schwerer Verbrechen zu verantworten. Die Untersuchung gegen *Liza*, der auch Mitglied einer Verbrecherbande war, schleppte sich schon über ein Jahr hin, da *Liza* den Blödsinnigen zu markieren versuchte, um auf diese Weise strafflos auszugehen. *Liza* gab an, sich zu heißen und mit dem wirklichen *Liza*, den man vor sich zu haben glaubt, nichts gemein zu haben. Er gab ferner an, daß er Amerikaner sei und ein Vermögen von zwei Millionen Dollar besitze. Er sei in *Troppan* nur auf der Durchreise gewesen, die ihn über *Europa* nach *Sibirien*, *China*, *Japan*, *Indien* führen sollte. In *Indien* wollte er künstliche Diamanten, die einen „Geruch“ haben, in *Gold* umwandeln. Alle gegen ihn geführten Anklagen bezichtigte er als Unfug. Als ihn bei der Verhandlung der Vorsitzende fragte, was er zu dem ihm zur Last gelegten *Kuhdiebstahl* und *Kirchensraub* sage, erwiderte *Liza*: „Herr Vorsitzender, wie stellen Sie sich die Kuh und die Kirche vor?“ Auch seinen eigenen Vater *W.* *Liza* nicht kennen und meint, er habe gar keinen Vater.

Wegen dieser Neußerungen ließ das Gericht *Liza* auf den geistigen Zustand untersuchen. Die

Arzte erklärten jedoch: Hier habe man es mit einem geriebenen Gauner zu tun, der über sehr viel Weisheit und Intelligenz verfügt. Mit einer ungeheuren Phantasie ausgestattet, weiß er den Leuten viel Interessantes zu erzählen und bemüht dann seine Tricks, um die Leute zu betrügen.

Das Gericht verurteilte schließlich den geriebenen Hochkap'ler sodann zu drei Jahren schweren Kerkers.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Verhandlungen zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund und den Russischen Gewerkschaften?

Ein Brief des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die russische Gewerkschaftszentrale.

Am 11. Dezember hat das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes nachstehenden Brief an die Zentrale der russischen Gewerkschaften eingeschrieben abgesandt:

Amsterdam, den 11. Dezember 1923.

An den Allrussischen Gewerkschaftsbund,
Dobroje Trud, Arbeitspalast,
Moskau.

Verte Genossen!

Unsere letzte im November abgeschaltene Bürofikung hat sich u. a. mit den von einigen russischen Gewerkschaftsorganisationen ausgehenden Bestrebungen befaßt, die darauf abzielen, den nach Amsterdam orientierten Internationalen Berufssekretariaten beizutreten, die sich fast ausschließlich aus Organisationsvereinigungen, die indirekt — durch ihre Zugehörigkeit zu den uns angeschlossenen Landeszentralen — dem I. G. B. angeschlossen sind.

Da die genannten russischen Organisationen durch ihren Anschluß an die sog. Rote Gewerkschaftsinternationale deren Statuten akzeptieren, und demzufolge auch den Artikel vier dieser Statuten unterschreiben, hat unser Büro von diesen Anschlußversuchen mit Erstaunen Kenntnis genommen.

Andrerseits erachtet unser Büro den Anschluß der russischen Gewerkschaftsbewegung an die in unserer Internationale vereinigten Organisationen für zu wichtig, um nicht im Interesse der proletarischen Einheit zu versuchen, ein besseres Einvernehmen zwischen den bona fide Gewerkschaften Rußlands und den Organisationen der Amsterdamer Richtung herzustellen.

In dieser Erwägung hat das Büro folgende Resolution angenommen:

„Der am 8. November 1923 in Amsterdam tagende Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes bestätigt die Resolutionen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in London vom November 1920, des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam vom 18. Mai 1921, des Internationalen Gewerkschaftskongresses von Rom, April 1922, und des Vorstandes des I. G. B. vom 3. und 4. August 1923 in Amsterdam betr. die Frage der Haltung des I. G. B. und der Internationalen Berufssekretariate gegenüber der Roten Gewerkschaftsinternationale und den ihr angeschlossenen Organisationen.“

Der Vorstand ermächtigt das Büro des I. G. B., an Besprechungen mit der Exekutive der Russischen Gewerkschaftszentrale unter Ausschluß der Roten Gewerkschaftsinternationale teilzunehmen, um auf der Basis der Statuten und des Programms des I. G. B. den Versuch zu machen, die internationale Einheit der Arbeiterbewegung herbeizuführen.“

Es wäre uns angenehm, über diesen Inhalt Ihre Meinung zu hören.

Mit internationalen Grüßen usw. . . .

Auf dieses Schreiben ist bisher noch keine Antwort eingelaufen.

Umsatzsteuer auf Getreideimporte als versteckter Zoll?

Nachdem der Kampf der Agrarier um Getreidezölle vorläufig von keinem Erfolg begleitet war, denken die Interessenten eines Getreide- und Mehlzölles auf andere Weise auf ihre Rechnung zu kommen. In der letzten Zeit werden Stimmen laut, die hohe Umsatzsteuern auf die Einfuhr von Getreide und Mehl verlangen. Die Müller verlangen eine vierprozentige Umsatzsteuer auf eingeführtes Mehl, die Agrarier sogar eine solche von acht Prozent. Auch die Zentrale der Handelskammern hat sich diesem Verlangen angeschlossen und verlangt eine Umsatzsteuer auf eingeführtes Mehl von vier bis fünf Prozent. Dies alles geschieht, trotzdem die inländischen Getreidepreise die Weltmarktparität überschritten haben. In *New York* ist — wie das „Pravo Lidu“ berichtet — der Weizenpreis seit Anfang September um sieben Prozent, in der *Tschechoslowakei* jedoch um 18 Prozent gestiegen. In *Paris* kosteten am 17. Jänner 100 Kilo Weizen *Franks* 98,25, das sind *Kö* 160, an der *Prager Börse* am gleichen Tage *231 Kö*. Wie man sieht, machen also die Agrarier an dem Getreide so wie so genug hohe Profite, indem sie es über dem Weltmarktpreis verkaufen. Das scheint ihnen aber nicht genug zu sein, sie wollen immer noch mehr und verlangen daher, nachdem sie keine Getreidezölle durchsetzen können, hohe Umsatzsteuern auf den Mehl- und Getreideimport.

Der Verrat der Kommunisten an den Kladoer Bergarbeitern.

Wir haben vor einigen Tagen darüber berichtet, daß die kommunistische Bergarbeiterorganisation in *Kladno* mit den Unternehmern

ein Abkommen geschlossen hat, wonach an die Stelle der Sechsstundenschicht am Samstag die Achteinstundenschicht tritt. Als vor einigen Monaten — so entnehmen wir dem Organ des tschechischen Bergarbeiterverbandes „*Rozdar*“ — im *Distrikt* *Revier* eine ähnliche Vereinbarung abgeschlossen wurde, erklärte der Sekretär der kommunistischen Bergarbeiter in *Kladno*, *Madal*, auf der Reichskonferenz der Bergarbeiter, daß die Kladoer Bergarbeiter sich die Sechsstundenschicht an Samstagen nicht nehmen lassen und wenn sie ihnen einmal genommen werden sollte, würde es erst dann geschehen, wenn die Kladoer Bergarbeiter von den Unternehmern vollständig geschlagen sind. Nun haben die kommunistischen Sekretäre in *Kladno* über die Köpfe der Bergarbeiter und gegen den Willen von 80 Prozent der Bergarbeiter mit den Unternehmern eine Vereinbarung abgeschlossen, nach welcher die Kladoer Bergarbeiter auf die Sechsstundenschicht an Samstagen verzichten und auf allen Betrieben die achtstündige Arbeitszeit gegen unbedeutende Zulagen (*K* 1,80 bis 2,20 per Schicht) eingeführt wird. Die Samstagsschicht wurde beim letzten Streik vertraglich bis zum Mai garantiert und es war daher nicht notwendig, auf diese freiwillig zu verzichten und eine neue Vereinbarung mit den Unternehmern abzuschließen. Sogar die Regierung stand auf dem Standpunkt, daß die Kladoer Bergarbeiter auf die sechsstündige Samstagsschicht nicht verzichten müssen und den Vertrag in Geltung lassen sollten.

Man muß sich nur vorstellen, was die Kommunisten getan hätten, wenn der tschechische Gewerkschaftsverband einen solchen Vertrag abgeschlossen hätte. Das „*Rude Pravo*“ wäre sicher in einer Sonderaufgabe erschienen und auf der ersten Seite wäre mit fetten Lettern verlobt worden: „Ein neuer Verrat an den Bergarbeitern! Brozil hat sich mit den Kapitalisten geeinigt! Die Sozialpatrioten verraten die Interessen der Bergarbeiter!“. Da aber die Vereinbarung von *Madal* und *Haring* abgeschlossen wurde, zwei wackelnden Kommunisten, schreiben sie überhaupt nichts, sondern schweigen feinstill. Die Kladoer Bergarbeiter werden sich überzeugen, welch großer Unterschied in den Worten und Taten der Kommunisten besteht. Uns hat die Unfähigkeit der Kommunisten in der Führung einer Gewerkschaft nicht überrascht, aber daß ihre Unfähigkeit gleich in den Anfängen so klar bewiesen wurde, hat wohl niemand erwartet. So schaut die kommunistische Kompromißlosigkeit und die Unnachgiebigkeit gegenüber dem Kapital aus. Nach all dem werden sich die kommunistischen Bergarbeiter wohl die Frage stellen, warum der tschechische Bergarbeiterverband zerfallen wurde.

Eine Schutztruppe der Unternehmer in der Glasindustrie.

Eine der Arbeiterschichten, welche unter der Wirtschaftskrise am meisten gelitten hat, waren die Glasarbeiter. Die Unternehmer haben die Krise benutzt, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu drücken, ihre Rechte zu verringern. Dazu kam noch, daß gerade in der ärgsten Zeit die kommunistische Spaltungsbewegung sich im Verband der Glasarbeiter bemerkbar machte. Die jahrzehntelange Schulung und Aufklärungsarbeit unter den Glasarbeitern und ein fester Stamm von alten, erprobten Vertrauensmännern ließen es jedoch zu der von den Kommunisten erhofften Sprengung des Verbandes nicht kommen. Da sich nun die Unternehmer in ihren Hoffnungen auf die Zertrümmerung des bestehenden Verbandes getäuscht sahen, hielten sie nach anderen Hilfsmitteln Ausschau. Bei dieser Suche stießen sie auf ihre altbewährte Schutztruppe, die Gelben, und sind nun bemüht, diese Sumpfpflanze der Arbeiterbewegung wieder großzuzüchten. Mit Hilfe der Unternehmer ist es auch gelungen, schon vor Monaten in den *Ortschaften* *Johannisberg*, *Untermaydorf*, *Morchenstern* und *Cleonorenhain* sogenannte „Gewerkschaften“ deutscher Glasfleißer zu gründen, der auch in den *Orien* *Josefsthal-Maydorf* und *Polaun* Gründungen derartiger Glasmacherorganisationen folgten.

Nun hat am 13. Jänner in *Reichenberg* unter dem Protektorat des bekannten *Kugler* eine Tagung dieser Verkschaften stattgefunden und es wurde dort der Beschluß gefaßt, einen „Gewerkschaftsverband deutscher Glasarbeiter“ zu gründen. Aus welchen Elementen sich diese sogenannte Gewerkschaft zusammensetzt, geht aus folgendem hervor: Als im Jänner 1922 infolge der Halsstarrigkeit der Unternehmer der Streik der Glashüttenarbeiter des *Ifergebirges* ausbrach, setzten die Unternehmer alles in Bewegung, um Streikbrecher zu gewinnen. Dies gelang ihnen auch schon nach wenigen Tagen, es fanden sich in *Josefsthal* einige Arbeiter zum Streikbruch bereit, so daß zwei Defens in Betrieb gesetzt werden konnten. Dieser Streikbruch wurde verübt, trotzdem für zwei Tage früher durch Vermittlung des Ministeriums für soziale Fürsorge Verhandlungen zwecks Beilegung des Konfliktes angefangen waren. Welcher Schaden den Kämpfenden durch diesen Solidaritätsbruch zugefügt wurde, wußte schwerer Standpunkt den Vertretern der Klassenbewußten Arbeiter bei den Verhandlungen dadurch erwuchs, um wie viel ungünstiger das Ergebnis für die Streikenden durch diesen Streikbruch war, wissen die am Kampf beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen zu beurteilen und es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Streikbrecher aus dem Verband ausgeschlossen wurden. Mit diesen wegen Streikbruches ausgeschlossenen Arbeitern werden nun die national-

sozialistischen Gewerkschaften der Glashüttenarbeiter gebildet. Es ist dies somit eine richtige Streikbrecherorganisation. Das charakterisiert wohl zur Genüge den neu gegründeten Verein und die Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen der Glasindustrie werden den Streikbrechern die gebührende Behandlung zuteil werden lassen.

Eine tschechische genossenschaftliche Revue. Wie das „*Pravo Lidu*“ berichtet, wird in den Kreisen tschechischer Genossenschaftler die Idee der Herausgabe einer wissenschaftlichen genossenschaftlichen Zeitschrift erwogen.

Die Krise in der polnischen Kohlenindustrie. Die polnische Presse sucht die Gründe des Rückganges des polnischen Kohlenexportes mit der schweren Finanzlage Deutschlands und der Wirtschaftspolitik der *Tschechoslowakei* zu motivieren. Es wird darauf hingewiesen, daß Deutschland, das bis nun ca. 40 Prozent der gesamten Kohlenproduktion in *Polnisch-Oberschlesien* verbraucht, gegenwärtig nur geringe Kohlenmengen in *Oberschlesien* einkauft und seinen Bedarf hauptsächlich in *England* deckt. Die englische Kohle ist zwar etwas teurer als die polnische, doch erhalten die Deutschen in *England* sechsmonatige Kredite, was meistens der polnischen Lieferanten nicht zuerkannt werden kann. Andererseits weist die polnische Presse darauf hin, daß die *Tschechoslowakei*, indem sie für die polnischen Kohlentransporte durch ihr Gebiet teure Frachtarife anwendet, dem polnischen Kohlenexport nach *Oesterreich* die größten Hindernisse in den Weg legt.

Arbeitermangel in Amerika. Der amerikanische Großindustrielle und Finanzmann *Mr. Charles Schwab* ist gegenwärtig in *Wien*. Er äußerte sich Journalisten gegenüber u. a. auch über die gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse in den Vereinigten Staaten von *Amerika* und erklärte, daß es momentan *Amerika* in geschäftlicher Hinsicht vorzüglich gehe. *Amerika* ist in seinen sämtlichen Industrien vollauf beschäftigt und exportiert nach dem fernen *Osten*. Der amerikanische Export ist deshalb so stark im Steigen begriffen, da *Amerika* auf den auswärtigen Märkten das industrielle Wegbleiben *Englands* und *Deutschlands* wettzumachen habe. „Wir haben“, erklärte *Schwab* weiters, „keine Arbeitslosigkeit, sondern leiden eher am Mangel an Arbeitskräften, der durch die ungeheure scharfen amerikanischen Einwanderungsgefetze bewirkt wurde. Wir hoffen aber, daß in dieser Richtung durch das in Aussicht genommene Sektionsgesetz bei der Handhabung der Einwanderungs Abhilfe geschaffen und den Interessen der Industrie Rechnung getragen werden wird. *Amerika* wird nur die brauchbaren Einwanderer einlassen, und die Nichtwünschenswerten zurückweisen.“

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr	Dollar 2,39:50
Berlin 100	Schweiz. Frank 16,89:50
Wien 1	Mark 122,000,000,000:00
Paris 1	Österr. Kronen 2,064:00

Prager Kurse am 25. Jänner.

100 holl. Gulden	1297:50	1593:50
1 Billion Reichsmark	8:10:00	8:30:00
100 holl. Franks	141:50:00	143:0:00
100 holl. Francs	595:00	595:00
1 Pfund Sterling	147:0:00	148:3:00
100 Lire	151:50:00	153:0:00
1 Dollar	34:8:00	35:10:00
100 franz. Franks	156:92:50	158:12:50
100 Dinar	39:71:00	41:21:00
100,000 mag. ar. Kronen	11:80:00	12:30:00
1,000,000 ungar. Kr.	3:39:00	4:10:00
10,000 österr. Kronen	4:77:50	4:97:50

Vorträge.

„Völkerverbund und Student“.

Donnerstag besuchte sich Professor *Kauchberg* im *Karolinum* in einem Vortrage über „Völkerverbund und Student“ mit dem Völkerverbund in seiner heutigen Gestalt und mit der ihm zu Grunde liegenden Idee. Gleich einleitend verwies er darauf, daß der *Genfer Völkerverbund* die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht im mindesten erfüllt, sondern vollkommen versagt habe. Von ihm sei jedoch der wahre Völkerverbundgedanke, der schon viel älteren Datums sei, streng zu trennen. Trotzdem sei für den nächsten Politiker der *Genfer Völkerverbund* momentan der einzig gangbare Weg, um die nach Völkerverbund strebenden Geister zu vereinigen, und man müsse daher mit ihm als einem wenn auch nur sehr bescheidenen Anfang rechnen und trachten, ihn zu einem wirklich brauchbaren Friedensinstrument auszugestalten.

Der Redner gab zunächst einen kurzen geschichtlichen Abriss und zeigte, daß das Bedürfnis, eine Gesellschaftsordnung für die große Staatengesellschaft aufzustellen, schon lange vorhanden war und daß schon im 18. Jahrhundert in dem Grundsatz des europäischen Gleichgewichtes und später in der *Heiligen Allianz* vernünftigen Ansätze hierzu zu sehen sind. Durch das Aufblühen des Kapitalismus seien die internationalen Bindungen der einzelnen Staaten viel stärker als je hervorgetreten und hätten eine internationale Solidarität geweckt, die im *Passifismus* und in zahlreichen Friedenskongressen ihren Ausdruck fand. Immer aber sei die Verwirklichung einer über den Staaten stehenden, mit Völkerverbund ausgestatteten Instanz an der Souveränität der Einzelstaaten gescheitert und nur unter dem tiefen Eindruck des Weltkrieges sei wenigstens der *Genfer Völkerverbund* zustande gekommen, der in seiner theoretischen Grundlagen, noch weniger jedoch in seiner praktischen Durchführung den Idealen der Friedensfreunde entspreche. Er verbinde mit den alten Ideen der Beilegung von zwischenstaatlichen Streitigkeiten durch Schiedspruch oder

Schlichtungsverfahren noch ein neues Moment, die Vereinfachung der Wohlfahrtsbestrebungen und der Sozialgesetzgebung der angeschlossenen Staaten durch das International-Verfahren.

Allerdings sei der Genfer Völkerbund eigentlich ein Bund von Staaten, in dem sämtliche Diplomaten als Vertreter ihrer Regierungen und nicht der regierten Völker ständen und die nicht geeignet seien, um dem in der Verfassung des Völkerbundes wenigstens teilweise verantwortlichen demokratischen Prinzip zum Durchbruch zu verhelfen; hieraus erkläre ich das vollkommene Versagen des Völkerbundes gerade in den wichtigsten Fragen der Tagespolitik. Diese Mängel seien aber jetzt nicht zu beheben; die Völker müßten die Ausgestaltung des Völkerbundes selbst in die Hand nehmen und im Wege der inneren Verfassung durch Einflußnahme der Volksvertreter auf ihre Regierungen und schließlich auf die Vertreter dieser Regierungen im Genfer Völkerbunde, ihn zu dem machen, was er sein soll, zu einem Bunde demokratischer Völker. Das erfordert aber eine lange politische Erziehungsarbeit und diese sei Aufgabe der Völker für den Völkerbund. Diese hätten eine schwierige Doppelstellung; Einerseits müßten sie die Bevölkerung für den wahren Völkerbundesgedanken zu gewinnen suchen, andererseits dagegen den heftigen Völkerbund bekämpfen und seine führenden Männer unabhängig an die Erfüllung der wahren Aufgaben des Völkerbundes mahnen. Besonders studentische Kreise in einer akademischen Arbeitsgruppe der Deutschen Völkerbundliga zur Mitarbeit zu gewinnen, sei Zweck und Ziel des Vortrages.

Konzert-Dilettanten.

Eine der wohlwollendsten Folgen der Konzerthochzeit in den letzten Jahren war die zeitweise Zänberung der Konzertsäle vom Amateurdilettantismus. Weder haben uns die letzten Konzertwochen in Prag belehrt, daß der Drang des Dilettantismus nach öffentlichem Ruhm plötzlich wiedererwacht ist. Dies ist im Interesse der Kunst und der ihr wirklich dienenden Künstler doppelt zu bedauern. Denn die Kunst wird in ihren Werken benachteiligt und diskreditiert, während die Berufskünstler durch den Wettbewerb des gesellschaftlich gestiegenen Dilettantismus materiellen Schaden erleiden. Gegen die Gefahr einer neuen Dilettanten-Invasion in die Konzertsäle hilft nur rücksichtslose Ablehnung seitens des Publikums und der Kritik. Denn es geht nicht an, daß die Konzertsäle zu Zusammenkünften unreifen Dilettantismus werden, daß rühmthürliche Halbtalente der Gesellschaft ihr fragwürdiges Können, das knapp für den Hausgebrauch reicht, gegen teures Entgelt der großen Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen. Möge der Dilettantismus wie bisher in den verschiedenen Vereinskonzerten und Unterhaltungsabenden blühen, dem öffentlichen Konzertsaal aber bleibe er zum Wohle der Kunst und ihrer Künstler fern!

Eine Dame der Wiener Gesellschaft, Frau Fuhs-Feyer, gab den Anstoß zur letzten Prager Konzert-Dilettantensaison. Daß diese Sängerin ihre unzureichenden Kräfte an ein Meisterprogramm wendete, ist doppelt erschwerend für den durch sie begangenen Kunstverstoß. Paul Grümmer, der ausgezeichnete Wiener Meisterekzelle, rettete die Ehre dieses unerquicklichen Konzertes auch der vom Prager deutschen Volksbildungs-Institute „Urania“ in Szene gesetzte Duettabend Frau Frieda Müller's und Fr. Fetzmar's war vor der großen Konzert-öffentlichkeit nicht gerechtfertigt. Weder das für den intimen Hausgebrauch bestimmte Programm noch die stimmlichen Qualitäten der beiden Sängerinnen waren geeignet, das Ansehen der Prager deutschen reproduktiven Tonkunst zu erhöhen. Schlecht beraten in der Solistenwahl war diesmal die Prager Kammerorchester-Vereinigung, die in ihrem dritten, dem Klavierkonzert gewidmeten Konzert des Meisters Eduard Mautner durch Frau Antschewitz-Schulz zur Aufführung brachte. Dieser Pianistin fehlt neben Stillsitzgefühl auch technische Vollkommenheit und rhythmische Sicherheit, so daß der strebsame Dirigent des Orchesters Herr Erich Wachtel alle Mühe hatte, Mozart und sich selbst gerecht zu werden. Im übrigen sei dieser kunstbegeisterten Orchestervereinigung und ihrem Leiter ans Herz gelegt, lieber doch in den Grenzen ihrer Anfangs- und eigentlichen Bestimmung zu bleiben, anstatt nach dem Lorbeer der erweiterten Symphonie zu streben.

Zu einem großen Erfolge für den Sänger gestaltete sich der Brahms-Liederabend, den Max Klein, der einzige lyrische Bariton unseres deutschen Theaters, mit Max Zemlin'sch als Begleiter am Flügel gab. Zwar hat Kleins Stimme seit dem Weggange des Künstlers von Prag an Wohlklang eingebüßt, aber im Vortrage, in der inhaltlichen Ausdeutung des Liedes als in sich geschlossenen Kunstwertes, ist seine Kunst reifer und überzeugender als je. Den Stempel eines Kunstverständnisses trug auch das zweite Prager Konzert des großrussischen „Balalaika“-Orchesters, das im Rahmen der „Urania“-Veranstaltungen stattfand. Ueber die künstlerischen Leistungen dieser einzigartigen Kunstvereinigung haben wir uns anläßlich des ersten

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Konzertes derselben im Smetanasaale bereits ausführlich verbreitet.

Unter den Internationalen und tschechischen Konzerten der Berichtszeit nennen wir in erster Linie die musterergütige 37. (1) vollständige Orgel-Matinee der Prager Stadtgemeinde im Smetanasaale, die der unsterblichen Tonkunst Bachs, Händels und Mozarts galt, dann das letzte (dritte) Sinfonie-Konzert der Endebni Matice, das den erschöpfenden Jukus der Klavierkompositionen dieses führenden tschechischen Tonbilders abschloß, und den Lieder- und Ariensabend des russischen Bassisten Arin Belfarin.

Edwin Janetschek.

Theater oder Tingeltangel? Ein Leser schreibt uns: „Ich war am 23. Jänner in Prag und statte am Abend dem Neuen Deutschen Theater, das ich als kulturelles Zentrum des Deutschthums in der Tschechoslowakei schon oft rühmend gehört hatte, einen Besuch ab, an welchem Tage gerade die Operette „Der Fürst von Pappenheim“ gespielt wurde. Ueber den künstlerischen Wert dieser Operette kann man verschiedener Ansicht sein und ich will ohne weiteres zugeben, daß Herr Direktor Kramer, um den Bestand des Prager Deutschen Theaters finanziell zu sichern, genötigt ist, dem Geschmack des Publikums Rechnung zu tragen und solche Operetten aufzuführen. Aber was sich vor Beginn des dritten Aktes im Theater abspielte, trieb mir die Schamröte ins Gesicht. Pöblich hob sich der Vorhang auf der Bühne wurde eine weiße Leinwand sichtbar, auf welcher mit Hilfe eines Kinoapparates der Hauptdarsteller der Operette, der Text des sogenannten „Kuhliedes“ projiziert wurde. Das Orchester begann das Kuhlied zu spielen und das Publikum sang nun — wie etwa in einem Kabarett zweiten Ranges — heulend und gröhelnd das Lied mit. Ich glaube, eher in einem Indianer-Bigwam als in dem ersten deutschen Theater der Republik zu sein. Ich begreife nun vollkommen, warum die Teplitzer Stadtvertretung Herrn Direktor Kramer die Leitung ihres neu erbauten herrlichen Theaters nicht anvertraut hat. Herrn Direktor Kramer scheint das Bewußtsein zu fehlen, daß er durch solche Mäßen das Prager Deutsche Theater auf das Niveau eines Tingeltangels herunterbringt.“

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Samstag Gastspiel Moissi „Die Jüdin von Toledo“; morgen Sonntag nachmittags vollständige Vorstellung „Carmen“, abends „Der Fürst von Pappenheim“; Montag Gastspiel Moissi „Hamlet“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag Gastspiel Pepi Widner-Kramer „Die kleine Sanderin“; Sonntag nachmittags „Die deutschen Kleinstädter“, abends Gastspiel Moissi „Paracelsus“ und „Er ist an allem schuld“; Montag den „Hamlet“ und Mittwoch in Tolstois „Lebendem Leichnam“. Kartenverkauf täglich.

Alexander Moissi spielt diesen Samstag zum erstenmale in „Jüdin von Toledo“, Sonntag und Dienstag in der Kleinen Bühne in „Paracelsus“ und „Er ist an allem schuld“, Montag den „Hamlet“ und Mittwoch in Tolstois „Lebendem Leichnam“.

Aus der Partei.

Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht! Unser Komotauer Bruderblatt meldet: Bei der Bezirksorganisation Komotau sind in den letzten Tagen 53 Beitrittserklärungen eingelaufen, die sich auf die Orte Komotau, Sebastianenberg, Eiblich und Dominica verteilen. An der Spitze marschiert die Lokalorganisation Sebastianenberg, die trotz

der herrschenden Arbeitslosigkeit 35 neue Mitglieder gewonnen hat. Ferner wäre zu berichten, daß am vorigen Sonntag im Gebiete der Lokalorganisation Dominica und Umgebung eine neue Jugendgruppe gegründet wurde. Diese schönen Erfolge sind vor allem den rastlosen Tätigkeit einzelner Funktionäre zu danken. Wenn bei der kommenden Werbeaktion für Partei und Presse die Masse der Vertrauensmänner und Parteimitglieder helfend und handelnd auf den Plan tritt, dann braucht uns um den Erfolg nicht bange zu sein, so wenig wir heute zu bange brauchen um die Zukunft der Sozialdemokratie in unserem engeren Komotauer Gebiet.

Kreis-Konferenz Brünn. Samstag, den 9. und Sonntag, den 10. Feber 1924 in Brünn ordentliche Kreis-Konferenz für das Gebiet der Kreisorganisation Brünn. Der Kreis umfaßt alle Organisationen der Bezirke Brünn, Jglaue, Lundenburg, Südmähren, Mähr-Trübau, Znaim und Jmüttau. Die Beratung beginnt Samstag, den 9. Feber um 3 Uhr nachmittags im Parteisekretariat, Französischer Straße 24/26, und wird Sonntag, den 10. Feber, genau 9 Uhr vormittags im Saal des Arbeiter-Bildungsvereines (Künstlerhaus, Eingang rückwärts) fortgesetzt. Tagesordnung: Konstituierung, Tätigkeits- und Kasienbericht des Sekretariats, Bericht der Kontrolle, Organisation und Taktik, unsere Werbearbeit für Partei und Presse, Wahl der Kreisvertretung, Allgemeine Anträge und Anfragen.

Bezirks-Konferenz Znaim. Am letzten Sonntag fand in Znaim eine gut besuchte Bezirks-Konferenz statt. Als Vertreter der Kreisleitung war Sekretär Genosse Bellan erschienen. Nach Eröffnung brachte Genosse Spitzer einen ausführlichen Bericht über den Parteitag, welcher von den Delegierten mit sichtlichem Interesse angehört und debattiert wurde. Weiter wurde über die Bildungsarbeit ebenfalls vom Genossen Spitzer referiert, an welches Referat sich eine lebhaft und anregende Debatte schloß. Es wurde das in dieser Frage von der Bezirksleitung Unternommene gutgeheißen und der Bezirks-Bildungsausschuß gewählig beziehungsweise ergänzt. Mit Rücksicht auf die voranschreitende Zeit mußten die weiteren Punkte der Tagesordnung der nächsten Bezirks-Konferenz, welche nach der Kreis-Konferenz stattfinden wird, zur Erledigung vorbehalten werden.

Bereinsnachrichten.

Vortrag zur Alkoholfrage. Dienstag den 20. d. M. um 8 Uhr abends spricht im Hörsaal XX des Hauptgebäudes der deutschen techn. Hochschule (Prag I, Husgasse) der Leiter der Reichshauptstelle gegen Alkoholismus in Berlin, Univ.-Prof. Dr. Gonsler über „Die Stellung des Gebildeten im Kampfe gegen den Alkoholismus“. Der Vortrag ist allgemein zugänglich. Freiwilige Beiträge werden zur Deckung der Ausgaben für diese Veranstaltung verwendet. 2538

Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechenmaschinen, I. Edgar, Nekázanka 2a. 2535
12 Photographien für Kc 6 nur im Photo-Studio Prag, Barabáska nam. 15. 1974
Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Gernan. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holla.

Theater und Kunst.

Eine unbekannte Ballade Schillers.

In einer hannoverschen Autographensammlung deutscher Dichter, die seit Jahrzehnten gänzlich unberührt gelegen hatte, hat der bekannte Leipziger Bibliophile Ernst Schulz-Besser die Handschrift einer Ballade gefunden, die mit „Schiller“ bezeichnet war, des Dichters charakteristische Schriftzüge zeigt, und deren Echtheit sofort durch Professor Dr. Georg Witkowski in Leipzig festgestellt werden konnte. Schiller hat in seiner Liste geplanter Gedichte unter anderen „Der Troubadour oder der Wanderfänger“ bezeichnet, und ein kurzer Entwurf dazu hat sich auch in seinen Papieren vorgefunden. Bei dem neuen Funde handelt es sich um ein vollkommen unbekanntes Stück, um eine weit vorgeschrittene Form des (allerdings unvollendet gebliebenen) Gedichtes, das nun vom Dichter endgültig „Wanderfänger“ genannt wird. Das Fragment, das vom „Berliner Tageblatt“ im Faksimiledruck veröffentlicht wird, hat folgenden Wortlaut:

Wanderfänger.

Lebt wohl!
Ihr habt mich gespeist und getränkt,
Lebt wohl und des Sängers gedenket!
Er ist nirgends daheim, er wird nirgends oft,
Es liebt sich der Vogel den freien Wald.

Er wandert mit sorglos leichtem Gemüth,
Wo dem einsamen Wanderer grauet,
Wie der glückliche Vogel des Sommers zieht,
Der auf dem Kirchendach bauet!
Sein Krug ist heilig, des Löwens Bier
Sie lasset nicht an des Räubers Begier.

Ich geh' an den Hof des Königs Karl,
Der Schutz des Holden und Schönen,
Der Hof hält in der alten Stadt Arde,
Wo die Stimmen des Liebes ertönen.
Er ist ohne Länder und ohne Reich —
Doch ein Fräulein besitzt er den Engeln gleich.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der

Vollbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Billiger

Defestoff

David, Mährische Dorfgeschichten. Ernst, Geschichten. Ernst, Weib u. Erfahrung. Hirsch, Rapunzel. Jahn, Der Schatten. Jünger, Nonnensticht. Kneuer, Schelmstich. Wabhartige, Kuriose u. sehr gefährliche Reisebeschreibungen zu Wasser u. zu Lande. Zehner, Treuherzige Geschichten.

Jeder Band gebunden 5 Kronen.

Bücherverzeichnisse kostenl. Volksbuchhandlung Kremsier & Co., Teplitz-Schönau, Theresienstrasse 18-19.

Tanz-Schuhe



Lack, hocheleganter Gesellschaftsschuh mit Spange Kc 99.—

Dieselbe Façon aus feinem Atlas Kc 69.—

Aus Chevreaux-Leder, dieselbe Façon Kc 79.—



2537

Direktoren, Einkäufer, Fabrikanten, Kauflaute, Baumeister:
Ihre Bilanz- und Inventur-Arbeiten
werden rasch, absolut genau und pünktlich fertig mit der orig. amerik. Universal-Rechenmaschine
Monroe
Addiert
Subtrahiert Multipliziert
Dividiert
Potenziert Radiziert
Inventiert
Verlangen Sie Vorführung von der Firma
Vilim & Cie.,
PRAG II., Diáždová 5 2538
Telefon 2993. Telegramme: Vilim Prag

Kuh & Kretsch
Likörfabrik 1476
Teplitz-Schönau.

!! inserieren bringt stets Erfolg !!

VIII. Prager Frühjahrs-Messe
vom 16. bis 23. März 1924. 2511
Legitimationen à Kc 25.- Prag I., Altstädter Rathaus.

Städt. Theater-Café
Teplitz-Schönau
eröffnet.
Jos. Zischka.

Kalla's Bratheringe
Fischkonserven, Bücklinge.

Zu beziehen durch die:
Großeinkaufsgesellschaft für Konsumvereine in PRAG II., Fügnerovo nám. 4.